



GdG-KMSfB-Erfolg
**FH-Ausbildung
wird gänzlich
angerechnet**



Bedienstetenschutz
**Hilfe bei
psychischen
Belastungen**

FSG

team@work

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

3/2011

Verwaltungs- reform?

**Ja, aber
richtig!**

**Mitarbeiter-
Vorschläge
annehmen!**

**Interessens-
vertreter
einbinden!**

**Keine
Geheim-
gespräche!**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Geme besuche
ich Sie direkt
an Ihrem
Arbeitsplatz!

Hier finden Sie die beste Lösung für Ihre Geldangelegenheiten.

Wir bieten Ihnen das Neukunden-Paket mit
attraktiven Angeboten für:

- ein neues Girokonto
- beliebte Sparprodukte
- eine chancenreiche Veranlagung
- eine Pensionsversicherung

Profitieren Sie von unserem
Know-how für Ihre Veranlagung!

Nähere Informationen zu diesen Angeboten erhalten
Sie bei Ihrem Ansprechpartner:

Ihre Vorteile:

- **kostenlose Betreuung zu Ihren Wunschzeiten am Arbeitsplatz**
- umfassendes Service in allen Geld- und Versicherungsangelegenheiten
- besonders günstige Konditionen
- und weitere TOP-Services



Michael Kramer
Mobiler Kundenberater

Tel.: 05 0100 6 – 16616

E-Mail:
michael.kramer@erstebank.at

oder bei unserer Hotline Telefonnummer 05 0100 16600
E-Mail: finanzpartner@erstebank.at

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Facts & Figures**
10 Jahre MitarbeiterInnen-
Kindergarten
- 05 **Leitartikel**
FH-Ausbildung wurde
endlich angerechnet
- 06 **Thema**
Von richtigen und
falschen Reformen

Hauptgruppe 1

- 09 **Thema**
ÖGB konnte Sanktionen
bei Lohn- und Sozialdumping
endlich durchsetzen
- 10 **Thema**
Querraunzer: Die wahren
LeistungsträgerInnen
- 18 **Interview**
Gespräch mit dem USB,
Ing. Mag. Ernst Wursag
- 22 **Gesund & Leben**
Betriebliche, berufliche
Gesundheitsförderung
- 23 **Thema**
Haben „wir“ die
Schularbeit geschafft?

Fit & Fun

- 30 **Sport**
GdG-KMSfB-Fußball-
meisterschaft 2010/2011
- 31 **Denksport**
Schlaue Köpfe sind bei der
Gewerkschaft

Freizeit

- 35 **Facts & Figures**
Schuldenrückzahlungen
bedrohen Existenz

An einem Strang ziehen



Bild: © Petra Spicola

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Wohin geht die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten? An welchen Leitlinien soll sie sich orientieren?

Dieser Frage werden sich die Delegierten beim heurigen Gewerkschaftstag stellen, der rund um den Erscheinungszeitpunkt dieser teamwork-Ausgabe stattfindet. Das ist nicht, wie oftmals geraunt wird, eine kostenintensive Pflichtübung mit verstaubten Ritualen und überraschungsarmen Reden; vielleicht hingegen in manchem eine gruppensdynamische Veranstaltung, bei der das Zusammenhalten beschworen wird. Denn es ist für uns

alle wichtig, zu sehen, dass wir an einem Strang ziehen, wenn wir gegen (weitere) Privatisierungen bei der Stadt Wien kämpfen und dabei auch auf das aktuelle Regierungsprogramm der verantwortlichen StadtpolitikerInnen verweisen. Unser Job wird es sein, diese Festlegungen nicht vergessen zu lassen. Es wird aber auch darum gehen, auf einer einheitlichen Vertretung der KollegInnen zu bestehen: „Wo Gemeinde Wien draufsteht, ist die GdG-KMSfB drin“, ist unsere Überzeugung.

Erfolgreich abgeschlossen konnten die Kollektivvertragsverhandlungen beim Fonds Soziales Wien werden. Qualität und Intensität der Leistungen schlagen sich dort im Einkommen nieder – ein Ansatz, der mittelfristig auch in die Besoldungsregeln bei der Stadtverwaltung Einzug halten könnte. Dazu bedarf es noch vieler Vorbereitungen und intensiver Gespräche. Die Gewerkschaft wird sich dieser Aufgabe mit Engagement widmen.

Michael Kerschbaumer

Zum Geburtstag gibt es keine Torten mehr

Der MitarbeiterInnenkindergarten in der Rathausstraße feierte kürzlich seinen zehnten Geburtstag. Am Anfang hatte ihn keiner gewollt, jetzt kann sich niemand mehr vorstellen, dass es ihn nicht gibt.

Vor ein paar Wochen war im Betriebskindergarten Rathausstraße großer Bahnhof gewesen: Stadtrat Christian Oxonitsch, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Gemeinderätin Martina Ludwig-Faymann sowie Nationalratsabgeordnete Angela Lueger und Norbert Pelzer, Vorsitzender der Hauptgruppe 1, waren zum gemeinsamen Freuen gekommen. Spiritus Rector Franz Haag, auch wegen seiner Zähigkeit bekannt, hatte sich das Unmögliche vorgenommen: einen Kindergarten in Rathausnähe für die hier tätigen MitarbeiterInnen. Ihm damals gegenüber: Zweifel, Ablehnung und die Ansicht, das werde niemand brauchen.

Personalvertreter Haag gewann die Unterstützung vom damaligen GdG-Vorsitzenden Rudolf Hundstorfer und von Gemeinderätin Martina Ludwig. Dienstgeberin und Stadt Wien stellten dann jeweils ein Drittel, die Gewerkschaft den Rest der Finanzierung und die Ausstattung zur Verfügung.

Alle Gruppen sind jetzt mehr als ein Jahr im Voraus bis zum letzten Platz besetzt, freut sich Kindergartenleiterin Daniela Winkler, die mit ihrem Team – Kindergartenpädagogin Eveline Zach und Kindergartenassistentinnen Nadine Mannsberger, Doris Deutsch, Katharina Schopf und Viktoria Knoll – die zwei Gruppen betreut. Ihre Montessori-Ausbildung hat Winkler in den Kindergarten mitgenommen. Darum gibt es hier Entdeckungen für alle Sinne – Schütt- und Löffelmaterial, Geschmacks-, Geruchs- und Geräuscherlebnisse und vieles andere.

Nur eines gibt es nicht mehr: Geburtstagstorten von zu Hause; einerseits wegen der strengen Hygieneregeln; andererseits, weil man Geburtstag auch viel spannender feiern kann. Mit Erinnerungsstücken vom ersten Strampler bis zum aktuellen Spielzeug. Dann stehen alle rund um den Jahreskreis, den das Geburtstagskind umschreitet, und lernen es noch besser über die Stationen seines Lebens kennen. Auf diese Idee muss man erst kommen.

 teamwork@andraschko.at

Da strahlen sie beide: Daniela Winkler, die den Betriebskindergarten in der Rathausstraße leitet, und Personalvertreter Franz Haag als sein Spiritus Rector.



Foto: © Richard Andraschko



Foto: © PID/Votava

Großer Bahnhof zum Geburtstag: erste Reihe Stadtrat Christian Oxonitsch und Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Hinten Nationalratsabgeordnete Angela Lueger, Personalvertreter Franz Haag, Gemeinderätin Martina Ludwig-Faymann, HG 1-Vorsitzender Norbert Pelzer und „Geburtshelfer“ und Personalvertreter Otto Grüssinger.

Kontakt

Daniela Winkler, Betriebskindergarten für Gemeindebedienstete, 1., Rathausstraße 8
Telefon: 01 / 408 12 09 • E-Mail: rathausstrasse@aon.at
Nur eine Woche / Jahr geschlossen!
www.wien.kinderfreunde.at/Bundeslaender/Wien/1/Innere-Stadt/Kindergaerten-Horte/Rathausstrasse-8-BKDG-Gew.Gem.Bed

Es geht um die FH-Ausbildung von SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, KindergartenpädagogInnen und TechnikerInnen. Nach diesem großen Schritt wirft ein neues Besoldungssystem für die Stadt viele Fragen auf.

FH-Ausbildung wurde endlich „angerechnet“

An die zweitausend Tage hat die Gewerkschaft mit der Dienstgeberin Stadt Wien verhandelt, um etwas durchzusetzen, das im Bundesdienst schon längst gang und gäbe ist. Immerhin: Die AbsolventInnen der vor einigen Jahren neu eingeführten Fachhochschulen erhalten jetzt eine ausbildungsgemäße Anrechnung ihrer Vordienstzeiten und damit auch mehr Geld auf ihr Konto. Die Dienstgeberin wollte ursprünglich nur ein Jahr der Ausbildungszeit berücksichtigen, die Gewerkschaft hat die nun erreichten drei Jahre durchgesetzt – ein Erfolg, der sich sehen lassen kann und den nur eine starke Interessenvertretung zu erzielen in der Lage ist.

Gehaltsschema wird sich völlig ändern

Mittel- bis langfristig steht ein Wechsel zu einem völlig neu strukturierten Besoldungssystem im Raum. Es wird, so die Vorstellungen der Gewerkschaft, von dem eher un-kreativen, alten System unterscheiden, der die MitarbeiterInnen aufgrund ihrer Ausbildung punziert. Bei diesem war eine vorgegebene Berufskarriere festgeschrieben, sobald man bei der Bewerbung sein Abschlusszeugnis vorgelegt hatte. In einem Jahrzehnte dauernden Berufsleben wird den KollegInnen damit ein Korsett aufgezwungen, aus dem sie sich kaum befreien können, sieht man von beschleunigtem Aufstieg aufgrund außerordentlicher Beförderungen, Gehaltsstufen oder der Positionierung in Schlüsselfunktionen ab. All das würde ja auch ganz gut passen, wäre der Berufsweg schnurgerade: vom Dienstantritt bis zum Eintritt in Ruhestand oder Pension.

Wir alle wissen, dass die Straße durchs berufliche Leben mit vielen Unwägbarkeiten gepflastert ist. Manchmal zeigt sich die Gelegenheit, Abzweigungen zu begehen, die zu einem Hügel mit Blick auf die umgebende Land-

schaft führen. Das kann sich zum Beispiel in höherer Entscheidungskompetenz, Geld- oder Personalverantwortlichkeit zeigen, oft vielleicht auch für begrenzte Zeit. Die Schulausbildung wird auf diesem Weg nur mehr ein kleines Pflastersteinchen sein, und die Chancen, durch außerordentliche Leistungen schneller weiterzukommen, werden zahlreicher.

Es wird nicht ohne Mehraufwand gehen

Das ist unsere Vision, und sie wird nicht im Handumdrehen Wirklichkeit werden. Man wird über die 200 Berufsgruppen und die riesige Zahl von Aufgaben, die von ihnen zu erfüllen sind, einen Raster legen müssen, um den Rahmen für das neue Besoldungssystem abzustecken. Eine starke Personalvertretung und Gewerkschaft werden bei der Erstellung des neuen Karrierekatalogs eine laute Stimme haben müssen. Auch dann, wenn klarzumachen ist, dass diese Form der leistungsgerechten Bezahlung (wie sie ja auch die Dienstgeberin immer wieder anspricht) nicht kostenneutral zu erreichen ist. Wir rechnen mit einem Mehraufwand von etwa 15 bis 20 Prozent für mehr Schlagkraft bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, aber auch mit einem Zeitrahmen von rund zehn Jahren für die Umsetzung.

Eine wichtige, spannende und zukunftsorientierte Aufgabe für die Gewerkschaft. Mitglied zu sein, lohnt sich offensichtlich.

„Klar, dass die neue leistungsorientierte Bezahlung nicht kostenneutral sein kann.“



Bild: © Petra Spicla

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Wir brauchen keinen weißen Rauch

Nur eine durchdachte Reform ist auch eine gute. Durchdacht bedeutet, dass Frust bei BürgerInnen und bei den betroffenen MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes vermieden wird. Von richtigen und falschen Reformen. **Von Norbert Pelzer**



Bild: © Petra Spiola

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Viele Wege führen zum Ziel, manche in die Irre. Bedingungslose Reformbereitschaft hat wohl die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller signalisieren wollen, als sie in einem Interview eröffnet hat, es sei nun wieder einmal Zeit, sich in eine Klausur zurückzuziehen. In ein „Konklave“ von handverlesenen PolitikerInnen und Experten, die dann gefälligst den Stein der Weisen zu finden haben. Der da wäre: Verwaltungsreform – keine Doppelgleisigkeiten, keine Ineffizienzen, kein föderaler Luxus. Schlank, rank, effizient und bürgerInnenfreundlich. Und: alle MitarbeiterInnen sollen zufrieden sein.

So weit die Idee – oft gehört und immer wieder mit viel Applaus bedacht. Die Bühne für den jüngsten Akt in diesem Stück ist die Steiermark: weniger Abgeordnete zum Landtag, zusammengelegte Gemeinden, zusammengelegte Bezirke. Applaus auch hier.

Doch aus dem Blickwinkel öffentlich Bediensteter ist da genauer hinzusehen, nein: ganz genau! Denn sehr oft haben derartige Pläne ein für viele unerwartetes Echo: Wer „Verwaltungsreform“ sagt, meint häufig bloß, dass möglichst viele Einheiten zusammengelegt werden und möglichst viele Köpfe rollen.

Ein derartiger Zugang ist aber geradezu fahrlässig in einem Bereich, in dem BürgerInnen als KundInnen im Mittelpunkt zu stehen haben. Falsche Reformen haben unerwünschte Nebenwirkungen, die auf keinem Beipackzettel stehen: BürgerInnen sind frustriert, weil sie nicht die gewünschte Leistung bekommen; MitarbeiterInnen sind frustriert, weil sie nicht (mehr) das Umfeld haben, in dem sie sich voll und ganz für das Richtige einbringen können; die Verwaltung erscheint erst recht in einem schiefen Licht.

Nein, wir sind nicht gegen Reformen. Wir sind für Reformen. Genauer: Wir sind gegen die falschen Reformen und für die richtigen. Und eine solche muss zunächst einmal gut durchgedacht werden. Das geschieht nicht in einer Hau-Ruck-Aktion, bei der sich ein paar (sicher kluge, aber jedenfalls) sehr mächtige Köpfe aus ihrem Alltag wegsperren und Entscheidungen über viele Köpfe hinweg beschließen.

Größtmögliche Transparenz

Gute Lösungen sehen anders aus: insbesondere eine Verwaltungsreform, die von allen Beteiligten gelebt werden will und die BürgerInnen mehr als heute zufriedenstellen wird. Sie darf nicht hinter verschlossenen Türen verordnet werden. Sie braucht größtmögliche Transparenz!

Die Verbesserungen müssen aus der Mitte kommen, aus der Praxis, getragen vom Wissen der alltäglichen Arbeit der Betroffenen, getragen selbstverständlich auch vom Wissen der jeweiligen ExpertInnen. Wichtiger sind dabei wohl die PraktikerInnen: Denn wer, wenn nicht sie, wissen um die Nöte und Probleme im alltäglichen Work-flow, wer, wenn nicht sie, wissen, in welcher Weise bürgerfreundlichere Zugänge notwendig sind und wer, wenn nicht sie, kann abschätzen, welche Folgen für die Beschäftigten einer Ver-

Wer „Verwaltungsreform“ sagt, meint häufig bloß, dass möglichst viele Einheiten zusammengelegt werden und möglichst viele Köpfe rollen.



Eine Demokratie, die sich ihrer Kontrollrechte beraubt, höhlt sich aus.

waltungseinheit mit einer Reform ausgelöst werden? Für eine derart durchdachte Reform, die im wahrsten Sinne des Wortes von allen getragen wird, sind auch wir. Wir begrüßen es auch, dass die sogenannten „nicht amtsführenden Stadträte“, ein Wiener Unikum, in Frage gestellt werden. Ebenso, dass Parallel-Strukturen von Wien und anderen Gebietskörperschaften und Institutionen unter die Lupe genommen werden.

Wer Reform will, muss allerdings auch zu Beginn ein klares Bekenntnis abgeben, in welche Richtung sie gehen soll. Die Vergangenheit lehrt, dass dies oft nicht der Fall gewesen ist. So heißt es etwa im Wiener Regierungsprogramm: „Sowohl bei der Müllentsorgung als auch bei der Trinkwasser- und Abwasserentsorgung setzt Wien auf kommunale Versorger, die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge bleiben in Händen der Stadt Wien.“ Das Regierungsprogramm bleibt die Erklärung schuldig, was mit „zentrale Bereiche“ nun genau gemeint ist. Tatsache ist nämlich auch, dass ein Teil der Daseinsvorsorge bereits in den Fonds Soziales Wien und seine GmbH-Töchter ausgelagert worden ist. Das bedeutet auch, dass mit der Ausgliederung Kontrollrechte und -möglichkeiten verloren gehen. Es ist nur ein schwacher Trost, wenn nun eine „Arbeitsgruppe Institutionenreform“ angekündigt worden ist, die sich „mit den rechtlichen Möglichkeiten der verstärkten Kontrolle ausgegliederter Teile der Gemeindeverwaltung durch den Wiener Gemeinderat“ beschäftigen soll.

Kein Zick-Zack-Kurs

Statt eines Zick-Zack-Kurses schlagen wir eine klare Richtung vor: keine Ausgliederung von Einheiten, die die Daseinsvorsorge betreffen, keine Aufgabe von Kontrollrechten des Gemeinderats. Die gesamte Stadt

über eine Holding zu steuern, darf nicht das Ziel sein. Denn eine Demokratie, die sich ihrer Kontrollrechte beraubt, höhlt sich aus.

Wenn von Verwaltungsreform die Rede ist, ist das Wort „Konklave“ nicht weit – wohl darum, um das Ergebnis vorweg mit der Aura des Heiligen, Unantastbaren zu umgeben.

„Konklave“ ist die Versammlung aller Kardinäle hinter verschlossenen Türen des Petersdoms im Vatikan, bei der ein neuer Papst gewählt wird. →

Die Forderungen der HG1

- **Verwaltungsreform im Dialog: aktive Information, Mitspracherecht, Verankerung des Schutzes der Beschäftigten!**
- **Präzisierung, welche Bereiche der Stadtverwaltung „unantastbar“ bleiben müssen: Zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge definieren!**
- **Parallelstrukturen, Doppelgleisigkeiten etc. gemeinsam durchforsten!**
- **Klarstellung in der Öffentlichkeit: Der öffentliche Dienst allein kann das Staatsbudget nicht sanieren, überzogene Erwartungshaltungen benennen!**
- **Die öffentliche Diskussion nutzen, um die Produktivität der öffentlich Bediensteten und schon erreichte Erfolge einer „permanenten Verwaltungsreform“ herausstreichen zu können!**



Foto: © Sony pictures

Das Kirchenrecht verbietet den Kardinälen, jemals ein Wort darüber zu verlieren, was bei und über die Wahl des Papstes gesprochen wurde. Es gibt nur eine Kommunikation nach außen – ein weißer Rauch, der aufsteigt und die vollendete Tatsache verkündet, dass ein Papst gewählt worden ist.

Wir brauchen keinen weißen Rauch. Eine Reform dieser Art brauchen wir nicht. Wir brauchen gute Reformen. Dass solche auch ganz ohne Konklave, weißem Rauch und ähnlichem Brimborium möglich sind, beweisen übrigens viele deutsche Städte. Dort wurden zu Beginn von Verwaltungsreformen Vereinbarungen zwischen der Dienstgeberin und der Personalvertretung geschlossen, in denen Ziele (zum Beispiel eine ergebnisorientierte Kommunalverwaltung), Instrumente (zum Beispiel möglichst umfassende Information und die Möglichkeit zur Stellungnahme für die Beschäftigten), aber auch der Schutz der Beschäftigten verankert wurden.

Dialog statt Verordnung also. Nur so kann es funktionieren. Ohne die InteressenvertreterInnen aktiv einzubinden und damit das Know-how der MitarbeiterInnen in den Reformprozess zu holen, ist ein nachhaltiger Erfolg jedweder Reform nicht möglich.

✉ norbert.pelzer@wien.gv.at

Mit der Ausgliederung gehen Kontrollrechte und -möglichkeiten verloren.

Meinung

Geschäfte offen, Familie geschlossen

Wieder einmal wird im Sinne des Gedankens der Gewinnmaximierung heftig über die Ausdehnung der Geschäftsöffnungszeiten diskutiert. Dabei wird auch die Öffnung der Geschäfte am Sonntag gefordert. Die Vertreter dieser Forderung übersehen allerdings, wie schwierig es für Familien schon jetzt ist, Termine so zu koordinieren, dass noch etwas Zeit für gemeinsame Gespräche oder gemeinsame Aktivitäten übrigbleibt. Wenn es nun keinen gemeinsamen freien Tag der Eltern mehr gibt, verwaltet man vielleicht noch die Familie, aber man kann sie sicherlich nicht mehr leben.



Foto: © facebook-community

Schon jetzt zeigen die signifikant höheren Scheidungs- und Trennungszahlen von Paaren, die mit der schwierigen Situation von Schicht- und Wechseldienst umgehen müssen, wohin die Reise gehen würde. Wenn die Politik offene Geschäfte am Sonntag will, soll sie auch sagen, dass ihr das Familienleben ihrer WählerInnen dabei nicht besonders am Herzen liegt. Familie definiert sich über Gemeinsamkeit – doch dafür ist auch gemeinsam verbrachte Zeit, wenigstens am Sonntag, notwendig!

✉ felix.steiner@wien.gv.at

Wer keine KV-Löhne zahlt, zahlt Strafe

Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten weniger bezahlen als im KV vorgesehen, hatten bisher nicht viel zu befürchten. Jetzt ist das anders, denn der ÖGB konnte Sanktionen für Lohn- und Sozialdumping durchsetzen. Das schützt ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und Unternehmen vor Billigkonkurrenz.

Seit 1. Mai dürfen ArbeitnehmerInnen aus Polen, Tschechien, der Slowakischen Republik, Ungarn, Slowenien und den baltischen Staaten in Österreich arbeiten. Für den ÖGB stand seit jeher fest, dass Maßnahmen nötig sind, um das Unterlaufen kollektivvertraglich festgesetzter Löhne zu verhindern und die Einhaltung sonstiger Arbeitsbedingungen zu sichern.

Österreich hat ein nahezu flächendeckendes Mindestlohnsystem, um Wettbewerb zwischen Firmen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und des Sozialsystems zu verhindern. Die Mindestlöhne und -gehälter werden auch weitgehend eingehalten. Wenn nicht, können ArbeitnehmerInnen die Differenz zwischen tatsächlicher Bezahlung und Mindestlohn gerichtlich durchsetzen. Der Arbeitgeber muss dann Lohn und Sozialversicherungs-Beiträge nachzahlen. Bleiben betroffene ArbeitnehmerInnen jedoch untätig, weil sie schlecht informiert sind oder den Weg zum Gericht scheuen, wird das rechtswidrige Verhalten des Arbeitgebers nicht entdeckt und nicht bestraft. Ein Arbeitgeber, der sich einen unfairen Wettbewerbsvorteil verschafft, indem er seinen Beschäftigten zu wenig zahlt, hatte also bisher nicht viel zu befürchten. Klagten ArbeitnehmerInnen, zahlte der Arbeitgeber das, was er sowieso hätte zahlen müssen.

Noch schwieriger ist die Situation bei Firmen aus dem EU-Bereich, die in Österreich Aufträge erhalten und diese mit ArbeitnehmerInnen aus den Herkunftsländern ausführen. Zwar sind diese verpflichtet, ihren Beschäftigten für die Zeit, in der sie in Österreich tätig sind, zumindest den österreichischen Mindestlohn zu bezahlen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ArbeitnehmerInnen das gerichtlich durchsetzen, falls es nicht geschieht, ist aber sehr gering.

Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping

Daher hat der ÖGB neue Regelungen gefordert und durchgesetzt. Durch das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wird sichergestellt, dass alle in Österreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen den kollektivvertraglich festgesetzten Grundlohn erhalten. Arbeitgeber, die unterkollektivvertraglich entlohnen, müssen in


Bild: © Alexander Kautz

Zukunft nicht nur mit Nachzahlungen rechnen, sondern erhalten auch eine spürbare Verwaltungsstrafe. Ein Meilenstein in der Bekämpfung von Sozialbetrug.

Konkret heißt das für inländische Arbeitgeber: Entsteht bei einer Abgabenprüfung oder durch einen anderen Hinweis ein Verdacht, ermitteln die Beitragsprüfer der Gebietskrankenkassen (GKK), ob Unterentlohnung vorliegt, und erstatten Anzeige bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde. Bei ausländischen Arbeitgebern wird die Erstkontrolle in der Regel nicht durch die GKK durchgeführt, sondern von der Finanzpolizei. Die meldet Verdachtsfälle, die GKK prüft dann die Lohnunterlagen, bereitet den Sachverhalt auf und erstattet Anzeige. Zusätzlich können Verwaltungsstrafen verhängt werden, wenn Arbeitgeber die Ermittlungen behindern wollen, indem sie z. B. die Lohnunterlagen nicht herausgeben.

Das Gesetz schützt also sowohl österreichische ArbeitnehmerInnen als auch Beschäftigte, die zu uns kommen. Es gibt ein effizientes, neu gestaltetes Kontrollsystem. Lohn- und sozialrechtliche Ansprüche zu umgehen wird hart bestraft. Die Strafen betragen zwischen 1.000 und 50.000 Euro.

Bernhard Achitz
 Leitender Sekretär des ÖGB

Querraunzer



Die wahren LeistungsträgerInnen

Leute, eine kurze Frage: Seid ihr LeistungsträgerInnen der Gesellschaft? „Ja, natürlich“, werdet ihr jetzt sagen. Na, dann: Herzliche Gratulation! Ihr seid endlich im Mittelpunkt der österreichischen Politik angekommen! Betrachtet man die Presseaussendungen der vergangenen Wochen, dann stellt man fest, dass die ÖVP ausschwärmt, um euch, die LeistungsträgerInnen, zu umschwärmen – wie die Bienen den Honig. „Wir brauchen euch. Wir setzen auf euch. Wir wollen euer Anwalt sein.“ Mahh, mir wird jetzt ganz wohlig warm in der Magengegend. Ist das schön! Ich bin gewollt, yippie! Am 1. Mai hat die ÖVP angekündigt, einen „gläsernen Lohnzettel“ einführen zu wollen. Der aktuelle Lohnzettel müsse um jene Abgaben ergänzt werden, die das Unternehmen für den/die ArbeitnehmerIn leistet. Denn auch ich solle wissen, was ich jene Firma koste, für die ich täglich arbeiten „darf“. Die Absicht der ÖVP-Strategen? Durchschaubar! Österreichs UnternehmerInnen sollen als die einzig wahren LeistungsträgerInnen präsentiert werden. Was soll das Ganze? Kollektives Erzeugen von Minderwertigkeitsgefühlen bei ArbeitnehmerInnen? Mehr Tonerverbrauch für das Ausdrucken von

Kollektives Erzeugen von Minderwertigkeitsgefühlen bei ArbeitnehmerInnen?



Bild: © Parlamentsdirektion/Robert Zolles

Lohnzetteln? Einüben von Demut nach katholischer Tradition? Oder ist es einfach die klimatische Vorbereitung weiterer Steuersenkungen für Firmen? Hmm? Mein lieber Michael Spindelegger, der du auch mein Anwalt sein willst: Ob du Gemeindebedienstete nun als LeistungsträgerInnen siehst oder nicht, ist mir herzlich wurscht, quasi: blunzn! Eine Anregung hätte ich aber schon, lieber Anwalt: Deine Partei sollte sich in wesentlichen Politikfeldern (Bildung, Gesundheit, Landesverteidigung, Justiz) nicht nur aufs Blockieren beschränken, sondern das Leben, was sie von uns allen verlangt: Leistung.

Wendelin

Urlaub, Karriere: Wichtige Stichtage



Aus Urlaubs-, Vorrückungs- und Dienstjubiläumstichtag ergeben sich für Sie wichtige Rechte zur Wahrung Ihrer Ansprüche. Schauen Sie doch einmal genauer auf Ihren Gehaltszettel.



Bild: © Petra Spioia

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Hand aufs Herz, kennen Sie Ihre Stichtage? Sie stehen auf dem Bescheid, den Sie von der MA 2 (früher MA 3) bald nach dem Dienstantritt bekommen haben. Der Vorrückungsstichtag findet sich allmonatlich auf dem Gehaltszettel. Alle Stichtage gelten gleichermaßen für BeamtInnen und Vertragsbedienstete.

Vorrückungsstichtag

Wann Sie in die nächsthöhere Gehaltsstufe aufsteigen, ergibt sich aus dem Vorrückungsstichtag. Das passiert nach der Besoldungsordnung in der Regel alle zwei Jahre automatisch. Sofern dieser Stichtag nicht auf einen Monatsersten fällt, erfolgt die Vorrückung jeweils am darauffolgenden Ersten. Grundsätzlich werden die Stichtage einmal festgeschrieben und bleiben dann unverrückbar.

Vorrückung durch Beförderung

Werden Sie allerdings in die nächsthöhere Dienstklasse befördert, dann verschiebt sich der Stichtag auf den Beginn der Förderung (z. B. Wirksamkeit der Beförderung auf einen C IV-Posten).

Urlaubsanspruch

Unser Urlaubsanspruch richtet sich nach der Dauer unserer Zugehörigkeit zum Magistrat der Stadt Wien. Einiges an Vordienstzeiten wird uns nach festgelegten Kriterien angerechnet.

- Vollzeitbeschäftigte Bedienstete beginnen mit 200 Urlaubsstunden pro Kalenderjahr,
- ab 15 Dienstjahren 216 Stunden,
- ab 25 Dienstjahren 240 Stunden Urlaub.

Die Berechnung dieses Anspruches leitet sich vom Urlaubsstichtag ab (z. B. Urlaubsstichtag ist der 21.12.1986, dann haben Sie 2011 zwar 25 Dienstjahre erst zum Jahresende, aber bereits einen Urlaubsanspruch von 240 Stunden).

Unabhängig von der Vordienstzeit beträgt der Urlaubsanspruch

- mit dem 57. Lebensjahr in jedem Fall schon 264 Stunden und
- mit dem 60. Lebensjahr 280 Stunden.

Diesen Erfolg hat die Gewerkschaft in Verhandlungen mit der Dienstgeberin durchgesetzt.

Jubiläumstichtag - Remuneration

Die Dienstgeberin zahlt Ihnen aus Anlass Ihres 25-jährigen, 40-jährigen und 50-jährigen Dienstjubiläums eine Remuneration. Die Auszahlung erfolgt immer am Monatsersten nach dem jeweiligen Stichtag. Achten Sie auf diese Stichtage, wenn Sie in Pension oder Ruhestand gehen möchten. Manchmal kann es sich auszahlen, noch ein paar Tage „dranzuhängen“. Fragen Sie doch Ihren FSG Personalvertreter in Ihrer Dienststelle, denn wir unterstützen Sie gerne.

Auf dem elektronischen Gehaltszettel finden Sie in der Html-Version alle Stichtage auf einen Blick. Anmeldung und Zugang nur mit Intranet-Zugang.

- **Allgemeine Infos:** <http://www.intern.magwien.gv.at/verwaltung/personal/gehaltszettel/index.html>
- **Anmeldung für LAN-User:** <https://www.intern.magwien.gv.at/eGHZ/anmeldung>
- **Beschluss des Stadtsenates über Remunerationen aus Anlass von Dienstjubiläen:** www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/d0400800.htm
- **Über Stichtage informieren Sie auch die FSG PersonalvertreterInnen in Ihrer Dienststelle. Wir unterstützen Sie gerne:** www.fsg-hg1.at/home/ ☞ Meine GewerkschafterIn

Keine Impfungen für SchulwartInnen

Hohe Ansteckungsgefahr: Weil sie offiziell keine Risikogruppen sind, wurden SchulwartInnen vorbeugende Impfungen gegen Hepatitis C verweigert. Die Gewerkschaft fordert sofortige Maßnahmen.

Die SchulwartInnen haben Angst vor dramatischen Gefahren für ihre Gesundheit durch Infektionen. Die Personal- und Gewerkschaftsvertretung der Wiener SchulwartInnen (Raumpflegerinnen und Küchenpersonal) DA-124 kennt ihre Sorgen und hat die Dienstgeberin aufgefordert, für vorbeugende Schutzimpfungen aller ihrer Bediensteten gegen Hepatitis C Sorge zu tragen. Da wir aber als Bedienstete der MA 56 und aufgrund unseres Tätigkeitsbereiches nicht zu den Risikogruppen gehören, wurde diese Forderung nach Gesprächen mit der MA 3-Bedienstetenschutz abgelehnt.

Wir gehen davon aus, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und verlangen als ersten Schritt, dass die Stadtverwaltung ihre Verantwortung wahrnimmt. Fürs Erste muss zumindest allen in Sonderpädagogischen Zentren tätigen Bediensteten die Möglichkeit geboten werden, sich unentgeltlich gegen Hepatitis C impfen zu lassen. Der Schutz der Gesundheit aller KollegInnen durch diese vorbeugende Maßnahme hat absolute Priorität!

Kinder vor infektiösen Spritzen schützen

Noch im Morgengrauen und sofort nach Dienstantritt beginnt die Tätigkeit der SchulwartInnen mit der täglichen Kontrolle der Außenanlagen, der Freiflächen und der Innenbereiche der Schulen. Während sich noch so manches Schulkind gemütlich im Bett umdreht, werden allfällige Verunreinigungen entfernt. Dabei kann es auch vorkommen, dass von Junkies achtlos weggeworfene benutzte Spritzen zwischen Gebüsch liegen. Bei der Entsorgung dieser Spritzen ist den SchulwartInnen besondere Vorsicht angeraten. Einmal unachtsam zu sein bedeutet, das Risiko auf sich zu

Fürs Erste muss zumindest allen in Sonderpädagogischen Zentren tätigen Bediensteten die Möglichkeit geboten werden, sich unentgeltlich gegen Hepatitis C impfen zu lassen!



Bild: © Alexander Kautz

nehmen, sich mit Aids oder Hepatitis C anzustecken. Daher müssen sie immer Einweghandschuhe tragen und für das Aufheben der Spritzen ein entsprechendes Greifwerkzeug verwenden.

Wer reinigt infektiöse WCs? Die SchulwartInnen!

Szenenwechsel hinein in ein Schulgebäude. Es ist Schulbetrieb in einer Volksschule, ein Kind hat im Turnsaal Nasenbluten bekommen, auf dem Fußboden eine kleine Lache Blut, ebenso Blut im WC – im Waschbecken und auf den Fliesen. Nachmittag in einer Berufsschule: Eine Schülerin meldet in der Direktion, dass man das WC nicht benutzen kann. Ursache: Ein Schüler hat möglicherweise krankhaften Durchfall, das WC ist verstopft, und das Umfeld hat auch Einiges abbekommen. In einer Hauptschule hat ein Kind eine infektiöse Krankheit. Es soll ein eigenes WC benutzen, und dieses soll natürlich auch täglich gereinigt werden. Eine Sonderschule: Das Personal muss Windeln entsorgen, Matratzen neu beziehen und die verunreinigten Pölster und Decken waschen.

Dringend gesucht: KindergartenpädagogInnen

Personalknappheit bei den KindergartenpädagogInnen und kein Ende der Fahnenstange. Viele NeueinsteigerInnen verzichten auf den Job, bevor sie noch angefangen haben. Warum?



Ihr Job ist beihart, ihr Einkommen mäßig, und die Arbeit der Eltern sollen sie auch noch mitmachen. An der Personalknappheit leiden KindergartenpädagogInnen und ihre PersonalvertreterInnen seit Jahren. Dass neue KollegInnen künftig FHs absolvieren werden, bringt nicht mehr von ihnen in die Kindergartengruppen. Und die angemessene Wertschätzung finden die KollegInnen ohnedies nicht, weil sich kaum jemand Gedanken macht, was sie für die Gesellschaft von heute leisten.

Noch vor dem ersten Kindertag verzichtet

„Neue“ KollegInnen (SchulabgängerInnen) aus den Ausbildungsstätten für KindergartenpädagogInnen (BAKIPs) sind jedes Jahr die große Hoffnung, dass die Personalnot im September ein bisschen kleiner wird. Mitnichten! Jedes Jahr werden wir wieder eines Besseren belehrt. Per Juli haben sich von allen BAKIPs insgesamt 150 junge Frauen und Männer bei der MA 10 angemeldet. Und 30 von ihnen haben gleich wieder verzichtet.

Die Aufgabe muss attraktiver werden

Es hat gute Gründe, dass für viele junge Frauen und Männer der eigentlich schöne Beruf wenig anziehend ist: Die Bezahlung ist eher mittelmäßig (auch wenn das Einstiegsgehalt 2010 angehoben wurde). Die KollegInnen sehen längst kein Licht mehr am Horizont. Im Gegenteil, die Ressourcen werden immer knapper, während der Platzbedarf wegen des neu eingeführten verpflichtenden Kindergartenjahres zunimmt. Und weil sie in den Augen mancher nur zum Spielen mit den Kindern da sind, hapert es an der „Wertschätzung“ des Berufes Kindergartenpädagogin in der Gesellschaft. Trotz beachtlicher Öffentlichkeitsarbeit mit Inseraten, Kampagnen und Bergen von Gedrucktem wird die hochwertige pädagogische Arbeit der Kolleginnen zu wenig wertgeschätzt.

Eltern entledigen sich der Erziehungsarbeit

Die Institution Kindergarten soll all das im Handumdrehen reparieren, ausgleichen und ersetzen, was zuhause nicht mehr gebo-

ten wird. Das fängt bei einfachen Dingen des täglichen Lebens an wie z. B: grüßen, selbständig essen können. Tatsächlich ist es bei dieser Personalknappheit und der Anzahl der Kinder in den Gruppen oft gar nicht möglich, jedes einzelne Kind zu fördern. Eine schlimme Situation in der Stadt des Julius Tandler („Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder.“)

Ausbildungsjahrgänge werden ausfallen

Ich befürchte, dass auch die neue Ausbildung, die ja (wie im Regierungsprogramm vereinbart) an die Fachhochschulen kommen soll, ebenfalls keine wesentliche personelle Verbesserung bringen wird.

Zwar wird der Beruf als solcher aufgewertet, aber mehr Personal lässt sich angesichts der sonstigen Rahmenbedingungen wohl damit nicht locken. Bleiben die Rahmenbedingungen dieselben, werden sich auch MaturantInnen, welche erst mit 18 oder 19 Jahren zukünftig in die FH einsteigen werden, nicht dafür entscheiden, KindergartenpädagogIn zu werden.

Was die Gewerkschaft fordert

- Weiter an den Rahmenbedingungen (z. B. Gehaltsansatz noch attraktiver gestalten, Umsetzen der Vorbereitungszeit ...) arbeiten,
- Wertschätzung durch die übergeordneten Stellen einbringen,
- keine neuen Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen aufbürden,
- gesellschaftliche Wertschätzung der Bildungsarbeit mit Kindern generell in der Bevölkerung erreichen.

Mit großem Engagement werden wir zielstrebig bei kommenden Verhandlungen mit der Dienstgeberin diese Forderungen beständig verfolgen, um schließlich auch den „jungen Nachwuchs“ in unserem Beruf anzusprechen. Die Verantwortlichen werden erkennen müssen, dass die Zukunft den Jungen gehört. Die „Alten“ halten das System noch am Laufen, aber die Zeit wird bereits sehr knapp.



Lernen für neuen Bettenintensivtransporter

Einen neuen Bettenintensivtransporter hat die Wiener Berufsrettung im Juli bekommen. Diese „rollende Intensivstation“ dient der Transferierung schwerstkranker PatientInnen von einer Intensivstation in eine andere – samt Spitalsbett.

Das Fahrzeug ist mit allen lebenserhaltenden Hightech-Geräten ausgestattet. Es kann dort auch die intensivmedizinische Ausstattung aus dem Spital angeschlossen werden. Jetzt können auch schwergewichtige PatientInnen transportiert werden, für die eine übliche Tragbahre nicht mehr ausreicht. Die Kosten für das neue Einsatzfahrzeug beliefen sich auf insgesamt 350.000 Euro, stellte Stadträtin Sonja Wehsely bei der Übergabe fest.

Damit unsere KollegInnen mit dieser moderner Ausstattung ihren Dienst für die PatientInnen erfüllen können, war auch eine umfassende Schulung in puncto intensivmedizinischer Betreuung und Bedienung der Geräte unumgänglich. Bereits top ausgebildete und erfahrene Notfallsanitäter wurden nach einem Auswahlverfahren in eigenen Kursen unserer Rettungsakademie speziell geschult.

 gerhard.angster@wien.gv.at



Der neue Bettenintensivtransporter bei seiner Präsentation.

Rettungswettbewerb: Dritte bei Paramedics

Unter 28 Teams aus 19 Nationen errang das Team der Wiener Berufsrettung bei den im tschechischen Rejviz abgehaltenen internationalen Rettungsweltmeisterschaften den dritten Platz. Dabei gab es erstmals eine getrennte Bewertung zwischen Teams mit und ohne Notarzt.



Bild: © Wiener Berufsrettung

Das siegreiche Team der Wiener Berufsrettung bei den Meisterschaften in Rejvic. Im Bild v.l.n.r.: Christopher Willinger, Christoph Redelsteiner, Erwin Feichtelbauer, Jürgen Taibl und Michael Freitag; kniend: Joachim Papai.

Unsere Mannschaft, bestehend aus den Kollegen Erwin Feichtelbauer als Trainer und nonplaying Captain, Jürgen Taibl, Michael Freitag, Christopher Willinger und Joachim Papai, schaffte es in der Gruppe der Paramedics hinter einem Team aus Flagler County Florida (USA) und dem Rettungsdienst der Stadt Olecko (Polen) auf den hervorragenden 3. Platz.

Es mussten innerhalb von 24 Stunden zwölf zum Teil sehr anspruchsvolle Aufgaben im leider anhaltend strömendem Regen erledigt werden. Die Veranstalter zeigten sich wieder äußerst kreativ im Stellen von Aufgaben, so z.B. ein U-Bahn-Unfall mit 18 Verletzten, ein intoxikiertes Kind, ein Säuglingsnotfall, ein Stromunfall, ein Drogennotfall usw. Zusätzlich wurden Mut und Fitness der Teams auf die Probe gestellt – beim Abseilen über vier Stockwerke oder beim Überqueren eines Wildbaches per „Flying Fox“ (eine Art Seilrutsche).

Mit zwei ersten Plätzen, einem zweiten Platz sowie einem dritten Platz in den letzten sechs Jahren hat die Wiener Rettung einmal mehr ihren hervorragenden Ausbildungsstand bewiesen. Die MitarbeiterInnen des Rettungsdienstes Wien brauchen keinen internationalen Vergleich zu fürchten.

 gerhard.angster@wien.gv.at

Noch einmal **mit blauem Auge** davongekommen

SozialpädagogInnen in Wohngemeinschaften und Krisenzentren leben gefährlich. Sogar in den Kindergärten macht sich Gewalt immer mehr breit. Eine Herausforderung für die Dienstgeberin.

Ein Porträt von teamwork-Chefredakteur Richard Andraschko.

Auf einmal landete die Faust im Gesicht von Martin Schupfer. Er hatte mit ebenso viel Geduld wie Nachdruck von einem Bewohner der Wohngemeinschaft verlangt, die Regeln der Gemeinschaft einzuhalten. Also etwa einen bereits schlafenden Mitbewohner nicht rücksichtslos aus dem Bett zu trommeln. Die Privatsphäre gehört jedem ganz persönlich und ist nicht diskutierbar.

Martin Schupfer und Marion Kuntner-Seidl betreuen eine der Wiener Wohngemeinschaften. Acht Burschen rund um die 14 Jahre sind hier zu Hause. Sie alle haben eine unerfreuliche Vorgeschichte hinter sich und waren in ihrem früheren Zuhause ebenso Gewalt ausgesetzt. Zuhören, liebevolles Streicheln, Zuwendung waren dort nicht vorgesehen. Die Eltern wussten kaum selbst, wie sie mit ihren Leben zurecht kommen sollten. Eines Tages sorgte das Jugendamt für den Versuch eines besseren Daseins: in einer Wohngemeinschaft, nach einer Zwischenstation im Krisenzentrum.

Um sich im wirklichen Leben zurechtzufinden, müssen auch diese jungen Menschen lernen, sich an vorgegebene Strukturen zu halten: zur rechten Zeit aufzustehen, zur Schule zu gehen, Verpflichtungen zu befolgen.

„Was muss uns passieren, damit endlich etwas passiert?“

Mit seinem Versuch der Deeskalation war Martin Schupfer nicht durchgedrungen. Plötzlich spürte er die Faust, bemerkte, wie das Blut aus der Nase strömte. Später sollte im Spital ein doppelter Augenhöhlenbruch festgestellt werden. Den Verlust des Auges, in dem sich ein Gerinnsel gebildet hatte, konnten die Ärzte gerade noch abwenden. Der aggressive Bursch bemerkte erst, was er angerichtet hatte, als er vor seinem blutenden Gegenüber stand. Dass Minuten später Rettung und Polizei vor der Tür standen, bekam er nach seiner Flucht aus der Wohnung nicht mehr mit. Und die Wohnung, in der er eigentlich gerne gelebt hatte, wird ihm „für immer“ verschlossen bleiben.



Bild: © Richard Andraschko

Ob SozialpädagogInnen Angst haben, in einer solch aggressionsgeladenen Atmosphäre zu arbeiten, ob sie sich vor Gewalt in der Freizeit fürchten? Marion Kuntner-Seidl: „Angst vor Rache haben wir nicht, denn die Gewaltbereitschaft, Konflikte und Zorn bleiben in den Wohngemeinschaften zurück. Aber man überlegt sich schon, wo man sein Auto parkt ...“

Dass der Schläger nicht länger in der Wohngemeinschaft bleiben konnte, war klar. Eine neue Lebenssituation musste geschaffen werden. Martin Schupfer: „In dieser Situation merkt man, dass es an den notwendigen Ressourcen hapert. Es gibt einfach viel zu wenige Einrichtungen, und alle sind voll.“ Die Personalvertretung konnte schließlich mit der Dienstgeberin einen Ausweg vereinbaren. Und Marion Kuntner-Seidl, die selbst schon einmal mit einem Messer attackiert wurde, fügt hinzu: „Wir haben viel zu wenig Personal. Martin war ganz allein in der Wohngemeinschaft, als das passierte.“ Geschützt ist man in der Wohngemeinschaft nur durch die sozialpädagogische Ausbildung und das Diensttelefon – wenn man es im entscheidenden Augenblick verwenden kann. Kuntner-Seidl stellt sich die Frage: „Was muss uns passieren, damit endlich etwas passiert“, und zwar mehr als einmal am Tag. Und dennoch, davon sind die beiden überzeugt: „Auch wenn die Anforderungen hoch sind – wir haben uns bestimmt für den richtigen Beruf entschieden!“

 teamwork@andraschko.at

Lesen Sie dazu auch den Beitrag von Personalvertreter Andreas Walter auf Seite 16.

Mehr für die **Sozialpädagogischen Regionen**

Krisenzentren und Wohngemeinschaften platzen aus allen Nähten – die FSG setzt ihre Verhandlungen erfolgreich fort und verliert Forderungen nicht aus den Augen.

Obwohl die Stadt Wien sparen muss, gibt es 13 neue Dienstposten für ein neues Krisenzentrum und eine weitere Wohngemeinschaft. Zusätzlich Entspannung soll der Einsatz privater Anbieter bringen, die 16 Krisenplätze betreuen werden. Das ist der Erfolg ebenso konsequenter wie ruhiger Verhandlungen mit der Dienstgeberin und Stadtrat Christian Oxonitsch.

Unsere Einrichtungen sind übervoll, die zumutbare Belastung der KollegInnen hat das Limit längst überschritten. Überbelegte Krisenzentren und volle Wohngemeinschaften sind die Folge. Aber die Kinder und Jugendlichen in Not brauchen Hilfe, brauchen Krisenplätze und im Anschluss meist auch Unterbringungsplätze.

Nach wie vor dringender Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf die steigende Gewaltbereitschaft des Klientels. Tätliche Übergriffe von KlientInnen auf SozialpädagogInnen nehmen zu – Konzepte sind gefragt! Spezialisierung, interne Schulung und Ausbildung der KollegInnen, Verringerung der KlientInnenzahlen pro Wohngruppe und vieles mehr gilt es zu diskutieren und dann auch gemeinsam umzusetzen!

Neue Dienstposten - keine Selbstverständlichkeit

Obwohl es allen, die tagtäglich die Kinder und Jugendlichen in Not betreuen, als selbstverständlich erscheint, auf das steigende Bevölkerungswachstum Wiens rasch zu reagieren, werden die Verhandlungen für Erweiterungen und die dafür erforderlichen neuen Dienstposten immer schwieriger. Darum müssen auch andere Möglichkeiten ausgeschöpft werden, und so wurden zwei weitere Wohngemeinschaften zur Vergabe an private Anbieter ausgeschrieben – das bedeutet 16 weitere Versorgungsplätze.

Weiterer Ausbau ist gelungen!

Im Sommer gingen ein Krisenzentrum (KRIZ) und eine Wohngemeinschaft (WG) im eigenen Bereich zusätzlich in Betrieb. Der

13 neue Dienstposten - investiert in das „Soziale Gewissen Wiens“.



Bild: © PID

Fremdunterbringungsbereich wurde dadurch um acht Dienstposten für das KRIZ und fünf Dienstposten für die WG erweitert. Insgesamt also konnten wir die Schaffung von 13 neuen Dienstposten erreichen! Acht neue Plätze für Kinder zur Abklärung im Krisenzentrum und acht neue Versorgungsplätze für Kinder bzw. Jugendliche in der Wohngemeinschaft stehen also zusätzlich zur Verfügung. Die Sozialpädagogischen Regionen wurden neu aufgeteilt und um eine Region erweitert – auch das sehen wir als positives Zeichen im Hinblick auf die stattfindende Stadterweiterung.

Wie geht es weiter?

Vorrangiges Ziel der Gewerkschaft ist es, die angedachten Veränderungen im Bereich der KoordinationsleiterInnen der Krisenzentren zu verhindern. Es wird zwar nicht von Einsparungen gesprochen, aber wenn durch eine andere Organisationsform die Zahl der LeiterInnen verringert wird, kann die Qualität der angebotenen Leistung nicht mehr erbracht werden – von der Einhaltung der Standards ganz zu schweigen! Die Systeme der Krisenzentren sind viel zu stark belastet und brauchen eine kontinuierliche Leitung vor Ort. Auch bei der aufgrund der steigenden Fluktuation notwendigen Einschulung neuer KollegInnen sind die KoordinationsleiterInnen nicht wegzudenken.

Kurze Saison: Billig essen bei der Mama

Das Stadtgartenamt spart bei den Saisonarbeitskräften. Der Stadt wird das nicht guttun. Und die Bediensteten müssen schauen, wie sie mit einer Kürzung ihres Jahreseinkommens zurechtkommen.

Es kam wie der sprichwörtliche Keulenschlag: Michaela Artner, Saisonfacharbeiterin im Gartenbezirk 4 in der Längenfeldgasse, wurde zu einem weiteren Nichtarbeitsmonat verurteilt. Nicht, weil sie ihre Arbeit schlecht gemacht hätte, nicht, weil es zu wenig Arbeit in der Grünflächenpflege der Stadt gäbe, nicht, weil den WienerInnen die Pflege der öffentlichen Grünflächen nicht wichtig wäre. Die Stadtregierung setzt schlicht angesichts klammer Budgetdaten den Rotstift an, was die BewohnerInnen wohl ebenso rasch merken werden wie die Touristen, die hierherkommen, um das Flair der Stadt zu genießen. Noch sind es keine staubige Einöden, die sie erwarten, aber es ist nicht zu übersehen, dass die Grünflächen der Stadt schrumpfen. Die 25-jährige Michaela Artner ist eine von 600 Saisonarbeitskräften, die die Stadt Wien wieder mit einer Kürzung des jährlichen Einkommens konfrontiert, erläutert Werner Krachler, Dienststellenausschussvorsitzender und Personalvertreter bei den „Wiener Gärten“. Für Parkpflege (und „Dreckwegputzen“), Mähen oder Baumschneiden sind sie zuständig. Das bringt mit Überstunden, rechnet Michaela Artner vor, zwischen Februar und Ende Oktober 1.200 bis 1.300 Euro monatlich, wovon 900 Euro fix fürs Wohnen aufgehen. Und die müssen auch bezahlt werden, wenn die „Wiener Gärten“ als Arbeitgeberin ausfallen. Irgendwie kommt sie über Runden: Weil die Mama, selbst bei den Wiener Gärten beschäftigt, für das Gratismenü sorgt. Fortgehen „spielt’s“ nur einmal alle zwei Monate, und meist auch nur, wenn ihr Freunde unter die Arme greifen. Radfahren ist ihr kostenloses Vergnügen, und bestenfalls alle zwei Monate traut sie ihrem Konto zusätzliche Ausgaben zum Ausgehen zu. Geld, das andere junge Menschen für den Urlaub sparen, legt sie zurück, um über den Winter zu kommen: „Ich muss schauen, ob ich mir Arbeiten gehen überhaupt noch leisten kann.“ Saisonfacharbeiterin Artner verliert durch den Verlust von einem Monat Arbeit pro Jahr auch ein Stück Leben, das ihr so wichtig ist. Den GärtnerInnenberuf hat sie von der Pike auf gelernt und auch ihre Lehrzeit im geliebten Grün verbracht.

„Ich muss schauen, ob ich mir Arbeiten gehen überhaupt noch leisten kann.“



Werden sie wieder einmal Grund zum Lachen haben? Objektleiterin Christine Aff, Personalvertreter Werner Krachler, Saisonarbeitskraft Michaela Artner.

Aber es könnte noch weitaus dicker kommen: Sie erzählt von Gerüchten, die Stadt könnte sich eines Tages vom gepflegten Grün verabschieden und die Grünflächenbetreuung privatisieren. Keine gute Idee, meint Personalvertreter Werner Krachler, der die „kostensparende“ Arbeit privater Firmen nur zu gut kennt. Sollte Wien aus den schlechten Erfahrungen anderer Städte nichts gelernt haben? „Ich glaube auch, dass man die Grünpflege wieder dem Stadtgartenamt überantworten sollte, denn die dort gepflegten Grünflächen sind – nach meiner Beurteilung – sehr gut in Schuss“, liest man in einem Weblog.

Mit den Grünflächenproblemen ist Wien allerdings nicht allein: Der Berliner „Tagesspiegel“ beklagt am 4. Juli ein vergleichbares Problem in der deutschen Hauptstadt: „Die Stadt wird immer stiefmütterlicher bepflanzte, das öffentliche Grün wird immer dürftiger gepflegt.“ Teilweise kümmern sich dort Nachbarschaftsinitiativen um die bunten Rabatten. Die Zahl der Mitarbeiter für die Pflege ... wegnehmen, habe sich in den vergangenen 15 Jahren auf 1.800 halbiert, wird Beate Profé, Referatsleiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, zitiert. Und weiter schreibt der „Tagesspiegel“: „Am Pariser Platz blieb es nur bunt dank eines Landeszuschusses für Stiefmütterchen und Blumenzwiebeln. Zumindest für die Touristen sollte Berlin nicht erblasen.“ Und wohin wird Wien treiben?

Bedienstetenschutz vor psychischen Belastungen

Ing. Mag. Ernst Wursag ist Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter der Stadt Wien (UBSB). Warum die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz genau untersucht und bei Mobbing verstärkt auf Prävention gesetzt werden sollte, erzählt er im teamwork-Interview.

Das Gespräch führte teamwork-Redakteurin Ing.ⁱⁿ Mag.^a Karin Zauner Bakk. phil.

Herr Mag. Wursag, seit wann sind Sie Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter der Stadt Wien?

Wursag: Ich mache diesen Job seit 2009. Zuvor war ich seit 1999 in der Stellvertreterfunktion.

Was gefällt Ihnen ganz besonders an Ihrer Tätigkeit?

Wursag: Mir gefällt, dass wir in allen Bereichen unserer Tätigkeit für die Menschen da sind. Dabei sind wir der absoluten Verschwiegenheit verpflichtet. Es gibt viele Fälle, in denen wir helfen können.

Wie groß ist Ihr Team?

Wursag: Es umfasst 14 Personen.

Wie sieht der Tätigkeitsbereich des Unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten aus?

Wursag: Wir sind sozusagen das Arbeitsinspektorat für rund 30.000 Bedienstete der Stadt Wien und für die Landeslehrerinnen und -lehrer. Seit 2004 gehören auch die Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen für alle WienerInnen und seit 2006 die Mobbingberatungsstelle für Bedienstete der Stadt Wien zu uns.

Was unterscheidet den UBSB von der MA 3 - Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung?

Wursag: Ich weiß, dass viele KollegInnen diese beiden Stellen nicht unterscheiden

können. Bei der MA 3 sind die Präventivdienste angesiedelt, wie ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräfte. Der Unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte ist hingegen eine Kontrollinstanz.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit der MA 3 aus?

Wursag: Es gibt Jours fixes. Im Vorjahr haben wir gemeinsam mit der MA 3 eine Broschüre zum Thema Mobbing gestaltet. Derzeit gibt es eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema „Burn-out“ und Stress. Genauso wichtig wie die Kontrolle der Einhaltung der Gesetze sind im

Bedienstetenschutz auch die Präventionsmaßnahmen. Man kann vieles vermeiden, wenn es ein Bewusstsein – vor allem bei Führungskräften – gibt.

Wie kann man sich eine Inspektion vorstellen? Kommen Sie einfach unangemeldet bei einer Dienststelle vorbei?

Wursag: Das kommt auf den Fall an. Meistens melden wir uns vorher an, weil dann eine Auskunftsperson vor Ort ist. Hin und wieder tauchen wir unangemeldet auf, wenn wir beispielsweise die Einhaltung des Nichtraucherschutzes kontrollieren oder andere Mängel uns

Zur Person

Ing. Mag. Ernst Wursag, geb. am 25.11.1948, verheiratet, ein Sohn, eine Tochter, 7 Enkelkinder.

Realgymnasium, HTL für techn. Chemie, Rosensteingasse, 17 Jahre Privatindustrie.

1986 Eintritt Gemeinde Wien, MA 30 als Chemiker, ab 1988 nebenberuflich Jus-Studium.

Nach Überstellung in den juristischen Dienst: MBA6/7 und MA 64, ab 1999 im Büro des UBSB.

Seit 2009 Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter.



Bild: © Karin Zauner

„Der geregelte Umgang mit Konflikten sollte ein Teil der Unternehmenskultur werden.“

gemeldet wurden, die einen sofortigen Handlungsbedarf erfordern. Wir sichten regelmäßig die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente von Arbeitsstätten. Wo die größten Mängel sind, gehen wir hin und schauen, ob diese schon behoben wurden.

Kommen wir zum Thema Diskriminierungen. Im Vorjahr wurde das Wiener Antidiskriminierungsgesetz novelliert, und das Merkmal der Behinderung ist in das Gesetz gekommen. Was hat sich dadurch geändert?

Wursag: Es wurde eine Monitoring-Stelle zur Überwachung der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention bei uns eingerichtet. Die Stadt Wien hat sich per Gesetz verpflichtet, sämtliche öffentliche Gebäude barrierefrei zu gestalten. Bis Mitte 2012 muss ein Etappenplan erstellt werden, der beschreibt, bis wann welches Gebäude barrierefrei ist. Wir überwachen diesen Prozess.

Wie viele Fälle von Diskriminierung werden pro Jahr gemeldet?

Wursag: Wir haben rund 200 Kontakte pro Jahr, von telefonischen Anfragen bis zu intensiven Beratungsgesprächen.

Wie sieht der Rechtsweg aus, wenn es um Diskriminierung geht?

Wursag: Von Diskriminierungen betroffene Personen müssen, bevor sie zu Gericht

gehen, unsere Schlichtungsstelle aufsuchen. Durch unsere Hilfe soll eine außergerichtliche Einigung erzielt werden.

Seit 2006 fällt auch die Mobbingberatungsstelle in Ihre Zuständigkeit. Können auch Bedienstete von ausgegliederten Unternehmen dieses Service nutzen?

Wursag: Bei ausgegliederten Unternehmen ist es etwas kompliziert: So können beispielsweise Personen vom Fonds Soziales Wien, die keine BeamtInnen oder Vertragsbedienstete sind, nicht zu uns kommen. Sie müssen sich an Arbeiterkammer oder Gewerkschaft wenden.

Eine Mehrklassengesellschaft in der stadtinternen Mobbingberatung?

Wursag: Ja, das ist auf jeden Fall ein Handlungsbedarf gegeben.

Wie viele Personen melden sich jährlich bei der Mobbingberatungsstelle?

Wursag: Es sind so rund 120 bis 130 Fälle im Jahr. Rund 20 Prozent der Fälle schätzen wir als echtes „Mobbing“ ein. Die Erstgespräche führen PsychologInnen. Im Team sind auch rechtskundige Bedienstete, die die Situation von dieser Seite beleuchten. Auf Wunsch intervenieren wir bei der Dienststelle.

Wie sieht eine solche Intervention aus?

Wursag: Wir versuchen, die Betroffenen an einen Tisch zu bekommen, ein Ver-

mittlungsgespräch zu führen und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Wenn Sie an Ihr breites Tätigkeitsfeld denken, in welchen Bereichen orten Sie derzeit den größten Handlungsbedarf?

Wursag: Im Bereich der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz wissen wir noch viel zu wenig! Tatsache ist, dass der psychische Stress in der Arbeitswelt in ganz Europa rasant zunimmt. Unser Ziel muss sein, die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu erheben, zu evaluieren und gezielte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Wie schafft man all diese Arbeit mit nur 14 Personen?

Wursag: Wir haben tolle MitarbeiterInnen und arbeiten sehr effizient. Bei der Mobbingberatung sind wir jedoch sehr ausgelastet. Um auch präventiv tätig zu sein, würden wir mehr Personal brauchen.

Wie würden Sie das Ziel Ihrer Stelle in einem Satz beschreiben?

Wursag: Unser Ziel ist es, dass sich die KollegInnen am Arbeitsplatz wohler fühlen.

Denn nur von zufriedenen MitarbeiterInnen kann man die entsprechenden Leistungen verlangen.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Wer wurde was?



Bild: © PID

Hofrat Prof. Fred Vavrousek, MA 53, mit 28 Jahren längst dienstlicher Abteilungsleiter der Stadt Wien unter den Bürgermeisterinnen Gratz, Zilk und Häupl, hat sich in den Ruhestand verabschiedet.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Senatsrätin Mag.^a Sabine Rath wurde nach Mag. Helmut Hutterer neue Leiterin der MA 1 - Allgemeine Personalangelegenheiten.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Dr.ⁱⁿ Martina Schmied hat nach Dr. Anton Krotky die Leitung der MA 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung übernommen.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Mag. Bernd Vogl leitet nach dem interimistischen Leiter DI Thomas Madreiter jetzt die für Energieplanung zuständige MA 20.



Bild: © MA 29/Würschler

Dipl.-Ing. Eduard Winter, nach der Leitung der MA 29 zuletzt Projektleiter für den Wiener Hauptbahnhof, wird neuer Geschäftsführer der Wiener Linien.

Aggressive Rhetorik kann Menschen töten

Man kann den aggressiven Ausbrüchen mancher Politiker kaum entkommen. Die Ausländer sind an allem schuld (Hörten wir das nicht schon über die Juden?). Unser Volk müsse rein bleiben, und wo Moslem draufsteht, ist Gefahr drin – solche Sprüche müssen wir immer wieder über uns ergehen lassen. Weil halt die Medien so gerne mitspielen, können wir keinen von den unappetitlichen Rülpsern überhören.

Seinen Hass aufs Fremde entlud ein junger Extremist in Norwegen an 76 größtenteils jungen Menschen, die in einem friedlichen internationalen Jugendlager ihre Ferien verbrachten. Dort hatten sie sich zusammengefunden, um zu zeigen, dass zwischen ihnen nur Gemeinsames, nichts Trennendes ist. Sie wurden brutal hingerichtet. Die Schüsse zerstörten die Illusion von Frieden in einem Land, dem diese Art der Gewalt bisher fremd gewesen war.

Robert Misik (teamwork bringt ein Interview mit ihm auf den Seiten 28 und 29) schreibt dazu in seinem Blog (www.misik.at): „Alle Welt ist geschockt über das Attentat von Oslo und das Massaker an norwegischen Jungsozialisten, darüber, wie einer, infiziert von krudem Islamhass, einfach zum Mörder wird. Da herrscht tiefe Betroffenheit – außer bei den Islamhassern selbst ... Diese sogenannten ‚Islamkritiker‘ sind für anständige Menschen kein Umgang. Diese Leute brauchen einfach schleunigst ärztliche Hilfe.“ FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky „hofft, dass die genauen Motive und Hintergründe der abstoßenden Taten aufgearbeitet“ werden. Misik sieht in diesen Motiven „genau jene Ideologieversatzstücke, die Rechtspopulisten wie Gert Wilders, Pro-Köln, die norwegische ‚Fortschrittspartei‘ oder die ‚Schwedendemokraten‘, Blogs wie ‚Politically Incorrect‘ und andere Tag für Tag in die Welt hinausposaunen.“

Was „anständige Menschen“ sind, wird je nach politischer Überzeugung differenziert gesehen. Und wer „anders“ ist, lässt sich leicht auswechseln. Jeder von uns könnte morgen ausgegrenzt werden. Wir jedenfalls sollten uns nicht vom Geschrei auf Rednertribünen, nicht vom Drink in der Disco, nicht vom Verharmlosen einlassen lassen. Misik: „Es sind Politiker, Blogger, Publizisten, die das Klima angeheizt haben, in dem einer wie Anders Behring Breivik erst möglich wurde, in dem er erst auf die Idee kommen konnte, dass der ‚bloße‘ politische oder publizistische Kampf gegen die als elementar bedrohlich imaginierte Moslemgefahr nicht mehr ausreicht.“

„Die Antwort auf Gewalt ist mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit“, gab uns entsetzten Zusehern Norwegens Regierungschef Jens Stoltenberg mit. Schauen wir nicht weiter zu! Wenden wir uns nachdrücklich gegen die Stimmung, die sich auch in unserem Land breitmacht. Sie könnte tödlich sein.

Neue Spezialistin im Brustzentrum der „Hera“

Seit 14. Juni verstärkt Dr. Eva Rothe als Fachärztin das Team der Gynäkologie und Geburtshilfe am Sanatorium Hera. Die gebürtige Grazerin hat ihre Facharztausbildung in Graz, Hartberg und Neunkirchen absolviert und war zuletzt an der Krankenanstalt Rudolfstiftung tätig. Dr. Rothe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kinder- und Jugendgynäkologie und hat außerdem die sexualmedizinische Grundausbildung abgeschlossen. Jeweils Mittwoch und Freitag bespielt sie nun die gynäkologische Ambulanz im Sanatorium Hera und ist natürlich auch Mitglied im Team des interdisziplinären Brustgesundheitszentrums.

Im Brustzentrum der Hera arbeiten sechs verschiedene Fachrichtungen sehr eng und interdisziplinär zusammen: die Abteilungen für Chirurgie, Gynäkologie, Radiologie, das Institut für physikalische Medizin sowie je ein Facharzt für Onkologie und Pathologie. Auf diese Art und Weise sind alle Voraussetzungen für die umfassende Erkennung, Behandlung und Nachsorge von Erkrankungen der Brust gegeben. Einmal wöchentlich treffen einander Vertreter aller dieser Fachrichtungen im sogenannten Tumorboard zur Besprechung ausgesuchter Fälle. Die Entscheidungen des Tumorboards werden auf der Basis von standardisierten Therapierichtlinien und unter Zuhilfenahme von modernster Diagnostik getroffen.

Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit steht unseren Patientinnen die bestmögliche Betreuung zur Verfügung, denn letztlich bedeutet Brustzentrum, dass alle Leistungen und Sachkompetenz zur Erkennung und Behandlung von Brustkrebs unter einem Dach im Sanatorium Hera vereint sind.



Dr. Eva Rothe, Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, verstärkt im interdisziplinären Team das Brustzentrum am Sanatorium Hera.

Gynäkologische Ambulanz im Sanatorium Hera Montag bis Freitag 8 bis 11 Uhr
 Telefon: 31 350 - 45252 • www.hera.co.at
 Prim. Dr. Michael Liess, OA Dr. Kurt Kriz, Dr. Eva Rothe



Stummes Fischfilet sorgt für Wirbel

Belastete und verstrahlte Fische, leer gefischte Meere und das Fischstäbchen als Abfallprodukt. Umweltverbände warnen, Behörden beruhigen, und dazwischen steht der verunsicherte Konsument. Wem glauben?

Gleich vorweg – Fisch ist und bleibt ein gesundes Lebensmittel. Zum Einen liefert er wertvolle Aminosäuren, ist wesentlich leichter verdaulich als Fleisch und eine der besten Quellen für Vitamin D und Jod. Dennoch ist die Verunsicherung groß. Herkunft, Schadstoffbelastung und nachhaltige Fischerei scheinen wichtiger denn je. Noch landen wenige heimische Fische auf dem Teller. Die meisten Filets kommen aus anderen EU-Staaten wie Deutschland, Niederlande oder Norwegen. Japan spielt als Importeur nur eine Nebenrolle, zumal der Konsument anhand der Nummer auf der Fischverpackung den Fangort erkennen kann. Das MSC-Gütesiegel wiederum kennzeichnet Fische, deren Herkunftsgebiete nicht überfischt sind bzw. deren Fang das Ökosystem nicht beeinträchtigt.

Selbst die Fischzucht ist in Hinblick auf Ökologie und Belastung keine Alternative. Ganz im Gegenteil: Vergleichbar mit der Massentierhaltung zu Land werden bei hoher Nachfrage Krankheiten, Masthilfsmittel und Chemikalien rasch zum Thema. Gilt es nun Fisch zu meiden? Auch hier ein klares Nein – vielmehr scheint der vermehrte Griff zu heimischem Süßwasserfisch die effizienteste Strategie. Diese schonen die Meere, sind nahezu frei von Belastungen und lassen schon länger die Herzen der Fischgourmets höher schlagen, z. B. Forelle, Saibling, Karpfen, Wels, Zander oder der viel gepriesene Alpenlachs. Ernährungsphysiologisch betrachtet stehen sie den Meeresfischen um nichts nach, punkten jedoch mit ihrer regionalen Herkunft und kurzen Transportwegen.

Mag.^a Larissa Grünwald
www.larissagruewald.net/

Betriebliche und berufliche Gesundheitsförderung

Ursachenbekämpfung steht vor der Bekämpfung von gesundheitsgefährdenden Mängeln am Arbeitsplatz. Alle MitarbeiterInnen sind aufgefordert, zu einwandfreien Arbeitsplätzen beizutragen.

Die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) muss für die Unternehmen und Betriebe angesichts wachsender Arbeitsbelastungen, gesundheitlicher Einschränkungen sowie des Anstiegs psychischer Erkrankungen ein wichtiges Thema sein! Sie ist als Organisationsentwicklungsstrategie zu begreifen, da sie sich so nah wie möglich an jenen Faktoren der Arbeitswelt orientiert, die Krankheiten auslösen können. Sie umfasst alle gemeinsamen Maßnahmen von Arbeitgebern, MitarbeiterInnen und Gesellschaft zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz, wobei die Maßnahmen der BGF bei der Verhältnisprävention (Ursachenbekämpfung) ansetzen sollen, selbstverständlich ergänzt um die Verhaltensprävention (Bekämpfung der Symptome).

Beste Grundlage für BGF-Maßnahmen bieten die Ergebnisse der Ermittlung und Bewertung der Gefahren und Belastungen der Arbeitsplätze (Evaluierung), wobei hier die aktive Beteiligung der MitarbeiterInnen als Arbeitsplatz-ExpertInnen für den Projektablauf wichtig ist, um adäquate Problemlösungen zu entwickeln. Verdichtung der Arbeitsanforderungen und gesundheitliche Beschwerden durch hohe Arbeitsbelastungen (Lärm, Hitze, Staub usw.), wirken sich genauso negativ auf das Arbeitsklima aus wie Führungsschwäche, Arbeits- und Beinahe-Unfälle, Sucht, Konflikt/Mobbing und innere Kündigung.

BGF ermöglicht folglich eine Win-Win-Situation und bringt sowohl den MitarbeiterInnen als auch den Gemeinden eine Reihe von Vorteilen (z. B. Verringerung individueller gesundheitlicher Risikofaktoren, Erweiterung der Strategien im Umgang mit Belastungen sowie der Fähigkeit, mit spezifischen Problemen besser umzugehen, Erhöhung der Kompetenz der Beschäftigten in Gesundheitsfragen, Steigerung von Arbeitszufriedenheit, Verbesserung des Betriebsklimas, Fehlzeitenreduzierung bzw. Verminderung von Krankenständen bei den MitarbeiterInnen). Fachkundige Hilfe bieten ArbeitsmedizinerInnen, ArbeitspsychologInnen, Sicherheitsfachkräfte und Sicherheitsvertrauenspersonen, wie sie das Arbeitnehmerschutz- und die Bedienstetenschutzgesetze der einzelnen Bundesländer vorsehen.

 alexander.kronabeter@gdg-kmsfb.at



Bild: © PID/canotier

Forderungen der GdG-KMSfB

- **Über Betriebsvereinbarungen erzwingbare Durchsetzung von Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung**
- **Flächendeckende Ausbildung von GesundheitslotsInnen**
- **Verpflichtende Führungskräfte-schulung - „Gesundes Führen“**
- **Verpflichtende Gesundheitszirkel zur Überprüfung der aktuellen Ressourcen und Belastungen am Arbeitsplatz**

Haben „wir“ die Schularbeit geschafft?



Eltern sind zu Hause nicht der „verlängerte Arm“ der LehrerInnen. Regelmäßiger Austausch zwischen PädagogInnen und Eltern ist wichtig. Schulische Konflikte nicht nach Hause tragen.

Schulzeit bedeutet oft nicht nur für Kinder, sondern auch für ihre Eltern Aufregung und Stress. Viele Eltern fühlen sich in ihre eigene Schulzeit zurückversetzt, fallen beim Betreten des Schulgebäudes sofort in die Rolle des Schülers oder der Schülerin. Manche Eltern sehen in der Benotung ihrer Kinder auch eine Benotung ihrer Rolle als Mutter oder Vater. „Wir haben die Schularbeit geschafft“, hört man dann oft von Eltern. Oder: „Wir müssen noch lernen für den Test, deshalb können wir nichts am Wochenende unternehmen.“ Die Schule bestimmt nicht selten das Familienleben. Viel Zeit, Ärger und Geld werden von Eltern und Kindern investiert. Muss das so sein? Grundsätzlich gehen die Kinder in die Schule, müssen dort ihre Leistung erbringen und werden dafür auch benotet. Nicht die Eltern.

Kontrolle Hilfe zu organisieren. Dazu sollten Eltern natürlich zur Verfügung stehen.

Des Öfteren berichten Eltern, dass sie von der Lehrerin oder dem Lehrer den Auftrag erhalten haben, Aufgaben, die ihr Kind in der Schule nicht fertigstellen konnte, zuhause mit ihm zu finalisieren. Also muss das Kind zusätzlich zu seinen Hausaufgaben auch noch seine Schulaufgaben daheim erledigen. Die Schule geht somit daheim weiter. Auch erwarten LehrerInnen oft von Eltern, dass sie für schulisches Fehlverhalten zuhause Konsequenzen setzen und Strafmaßnahmen verhängen. Das bedeutet, dass sie zum verlängerten Arm von LehrerInnen werden und einen Teil der schulischen Konflikte in ihre familiäre Freizeit verlagern.

Konflikte dort lösen, wo sie stattfinden

Zusammenarbeit zwischen Eltern und der Schule ist sicherlich wichtig und notwendig. Auch ein regelmäßiger Austausch zwischen den Lehrpersonen und den Eltern trägt zu einem befruchtenden Miteinander im Sinne der Kinder dar. Allerdings ist eine Trennung von Schule und Familie ebenso wichtig. Konflikte und Probleme können nur dort gelöst werden, wo sie stattfinden und entstehen. Deshalb wäre es für Eltern wichtig, sich nicht für das Verhalten ihrer Kinder in der Schule verantwortlich zu fühlen, sondern gemeinsam mit den LehrerInnen an einer Lösung des Problems zu arbeiten.

felix.steiner@wien.gv.at



Schulkinder stellen Eltern vor komplexe Anforderungen

Die Aufgabe der Eltern ist ohnehin schon schwierig genug. Sie müssen den richtigen Schultyp auswählen, ihre Arbeits- und Freizeit nach dem Stundenplan ihres Schulkinds einrichten und ihre Kinder bei der selbständigen Bewältigung der schulischen Herausforderungen unterstützen. Und das ist auch der springende Punkt: Ihr Kind sollte lernen, alleine mit den gestellten Aufgaben zurechtzukommen und sich bei Unsicherheit oder zur

Aufgaben der Eltern sind Anleitung und Begleitung zum selbständigen Lernen. Neben Strukturierung der Lernaufgaben, Einteilung von Lernzeiten und Bereitstellung eines adäquaten Lernklimas mit einem passenden Ort zum Lernen sollten sie nicht auf das Lob für bewältigte Lernschritte oder aber selbständiges Arbeiten vergessen.

Durchs Reden kommen d' Leut' z'samm



Die Gewerkschaft veranstaltete für unsere Vertrauensleute und PersonalvertreterInnen ein Intensivseminar über wichtige Feinheiten der Kommunikation.

Kommunikation war schon immer wichtig im zwischenmenschlichen Zusammenleben. Egal, ob es gilt, jemandem seine Liebe einzugestehen, zu trösten, Probleme anzusprechen oder Konflikte zu bereinigen – es kommt immer darauf an, wie man etwas sagt.

Kommunikation gehört wohl zu den komplexesten zwischenmenschlichen Mechanismen. Das Zusammenspiel von verbaler und nonverbaler Kommunikation wie Gestik, Mimik, Emotionen, Sprache, Wortwahl, Sprachmelodie und vieles mehr erzeugt beim Empfänger einer Botschaft Wirkungen, mit denen wir umgehen müssen. Nicht immer wissen wir diese Reaktionen richtig zu deuten; oft sind wir total überrascht.

Trotzdem ist es immer wichtig, Dinge anzu sprechen, die einem am Herzen liegen. Ansonsten kommt es zum berühmten Knödel im Magen, der sich aufstaut und sich irgendwann unkontrolliert entlädt.

Im Juli 2011 wurde von der GdG zu diesen Themen ein Intensiv-Workshop veranstaltet, wobei die KommunikationstrainerInnen der HG I wiederum neue Werkzeuge zur Vermittlung solcher Mechanismen in Trainings und Seminaren kennengelernt hatten.

Schon Paul Watzlawick, wohl der Vater der Kommunikationswissenschaften, hat formuliert, dass man nicht *nicht* kommunizieren kann. Wesentlich dabei ist es, dass sich beide KommunikationspartnerInnen auf derselben Ebene befinden. Denn sollte einer der beiden auf der emotionalen Ebene und der oder die andere sich auf der rationalen Ebene befinden, reden beide wunderbar an einander vorbei und fühlen sich vom jeweils anderen nicht verstanden.

Wichtig ist, was beim anderen ankommt. Dort entsteht nämlich erst die, zugegebene subjektive, Information. Und diese ist für die möglichen Reaktionen verantwortlich. Es lohnt also, sich auf den Kommunikationspartner gut einzustellen.

Grundkurse 2. Teil - die Themen

Im Herbst beginnt der zweite Teil der Ausbildung für unsere neuen PersonalvertreterInnen. In 14 Kursen wird bei der Wissensübermittlung wieder großer Wert darauf gelegt, die Theorie durch Beispiele aus der Praxis aufzulockern. Die Kurse bauen bei den Thematiken Dienstrecht und Besoldung auf dem ersten Teil auf und werden vertieft. Neue Schwerpunkte wie z. B. Karenzurlaube, Freijahr, Dienstrechtssenat, usw. kommen dazu. Ein weiterer Schwerpunkt wird auch die Vermittlung der Arbeit als PersonalvertreterIn/GewerkschafterIn sein; eng damit verbunden ist die Kommunikation (siehe den Beitrag links), in der Wert auf Verhandlungstechniken gelegt werden wird. Da die GdG-KMSfB im Jahr 2011 einen besonderen Schwerpunkt auf die betriebliche Gesundheitsvorsorge legt (siehe Beitrag auf Seite 22), hat sie, gemeinsam mit dem Bedienstetenschutz, einen fixen Platz in den Kursen für die PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen. Abgerundet werden die Grundkurse mit einem Auszug aus der Pensionsordnung.



Newcomerschulungen 2011

Die Verwaltungsakademie bietet neuen MitarbeiterInnen der Stadt Wien, für viele Bereiche verpflichtend, in ihren Räumlichkeiten Newcomerschulungen an. Die Neulinge sollen hier den Aufbau der Wiener Stadtverwaltung, Rechte und Pflichten, Gesundheitsvorsorge, Schulungsmöglichkeiten und vieles mehr erstmals kennenlernen.

Auch die Personalvertretung/Gewerkschaft hat hier die Möglichkeit sich vorzustellen und den MitarbeiterInnen die Aufgaben und den Aufbau der Interessenvertretungen zu erklären. Da die Verwaltungsakademie ab September 2011 die Newcomerschulungen neu strukturiert hat, wird auch die PV/Gewerkschaft ab Herbst 2011 mit neuen überarbeiteten Präsentationen an die neuen MitarbeiterInnen herantreten und die Gelegenheit nutzen, die Vorteile von starken Interessenvertretungen vorzustellen.

Ohne Geld: Darf's ein bisschenl mehr sein?

OECD: Frauen erbringen in allen untersuchten Ländern mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Die Frauen für Grundbedürfnisse zuständig, die Männer für Erziehung und Freizeit.

Unbezahlte Arbeit – oftmals mit einem verständnisvollen Kopfnicken zur Kenntnis genommen. Eine OECD-Studie aus 2011 definiert unbezahlte Arbeit wie folgt: Das Herstellen von Gütern oder das Erbringen von Leistungen durch Familienmitglieder; die Güter/Leistungen werden nicht auf dem freien Markt gehandelt/verkauft. Beispiel Hausarbeit: Kochen, Aufräumen, Einkaufen, Kinder- und Altenbetreuung, Erziehung und Pflege.

International gibt es zwischen den Ländern deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Menge und Art der unbezahlten Arbeit. Frauen erbringen in allen untersuchten Ländern mehr unbezahlte Arbeit als Männer. In Österreich erbringen Männer ca. 140 min./Tag und Frauen ca. 270 min./Tag an unbezahlter Arbeit. Leisten Frauen mehr an bezahlter Arbeit, so übernehmen Männer tendenziell mehr an unbezahlter Arbeit. Frauen widmen den größten Teil der Kinderbetreuung den Grundbedürfnissen wie Anziehen, Füttern, Windeln wechseln, Aufsicht usw. Nach dem OECD-Durchschnitt sind das 60 % der Zeit, der sie der Kinderbetreuung widmen. Männer widmen den größten Teil der Kinderbetreuung der Erziehung und Freizeit, z. B. Hausaufgaben, Lernen, Lesen, Spielen. Im OECD-Durchschnitt sind das ca. 41 %; im Vergleich dazu widmen Frauen nur 27 % der Zeit diesen Tätigkeiten.

Jedenfalls verbringen Frauen doppelt so viel Zeit mit Kindern wie Männer; in Zahlen ausgedrückt (OECD-Durchschnitt): Frauen: 1 Std. 40 min./Tag und Männer: 42 min./Tag.

✉ regina.mueller@wien.gv.at

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (englisch Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD; französisch Organisation de coopération et de développement économiques, OCDE) ist eine internationale Organisation mit 34 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten OECD-Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Sitz der Organisation ist Paris.



Frauen: Der Spagat der Doppelbelastung

Studien gehen davon aus, dass insgesamt ca. 80 % aller Pflegeleistungen in den Familien erfolgen. Zwischen 80 und 90 % dieser Pflegeleistungen werden von Frauen erbracht. 40 % aller Menschen, die informell pflegen, sind berufstätig.

Der Spagat zwischen Familie, dem Beruf und der Pflege eines/einer Angehörigen ist über einen längeren Zeitraum nicht zu bewältigen (in der letzten teamwork-Ausgabe hat eine Betroffene über die Belastungen gesprochen, die die Pflege mit sich bringt). Pflegebedürftigkeit ist ein unerwartetes Lebensereignis und nicht mit Kinderbetreuung gleichzusetzen. Kinderbetreuung beinhaltet eine positive Zukunftsperspektive. Bei der Pflege eines nahestehenden Menschen kommt die hohe emotionale Belastung hinzu. Der drohende Verlust, die permanente doppelte Belastung, die soziale Isolierung und der Zwang, die eigenen Bedürfnisse hintanzustellen, bedeutet enormen Stress. Hinzu kommt, dass der private Pflegebereich keine Lobby hat und daher auch keine Stimme. Oftmals sind die Rahmenbedingungen suboptimal. Pflege ist kein Thema, über das am Arbeitsplatz gesprochen wird. Arbeitszeitverkürzungen (sofern sie möglich sind) wegen Betreuungspflichten bedeuten auch einen finanziellen Nachteil. Liebe Frauen, gebt euch eine Stimme, sprecht über eure Erfahrungen, macht euch sichtbar!

✉ regina.mueller@wien.gv.at



Freier Bildungszugang für junge Menschen

Bildung ist eines der höchsten Güter unseres Lebens und muss daher für alle frei zugänglich sein. Soweit die Vision. Ob und welchen Bildungszugang Junge erhalten, hängt in den meisten Fällen davon ab, wie viel die Eltern im Börserl und welche Bildung sie haben.

* Sind schon die Eltern AkademikerInnen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Kinder studieren (62 Prozent).

* Bei SchülerInnen der 1. Klasse AHS verfügen 22 Prozent der Familien über ein Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro und 45 Prozent über mehr als 2.400 Euro

* Das Haushaltsnettoeinkommen von Familien mit Kindern, die die 1. Klasse Hauptschule besuchen, liegt zu 31 Prozent bei bis zu 1.500 Euro und nur zu 28 Prozent bei mehr als 2.400 Euro.

Diese Unterschiede werden mit zunehmender Schulstufe immer deutlicher. Je schwächer die Bildung junger Menschen, desto höher ist das Risiko, später einmal arbeitslos zu werden und auch länger arbeitslos zu bleiben. Deshalb sind Investitionen in die Bildung die beste Arbeitsmarktpolitik, und richtige Arbeitsmarktpolitik ist die beste Armutsvermeidungspolitik.

Bildung ist aber nicht nur Einkommensbeschaffung für die Einzelnen, sondern auch wichtige soziale Komponente und wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Entwicklung eines Landes.

Daher werden wir uns als Jugendvertrauenspersonen und Gewerkschaftsjugend auch weiterhin für einen freien Bildungszugang einsetzen.

 nicole.tuschak@wien.gv.at

„Hau' drauf!": Erstes Minigolfturnier der HG 1

Am 22. Juni fand im Wiener Prater heuer erstmalig das Minigolfturnier, veranstaltet vom Jugendausschuss der Hauptgruppe 1, statt. Trotz des heißen Wetters fanden einige Jugendliche den Weg zum Minigolfplatz im Prater und lochten ein, was das Zeug hielt. Bei unserer Veranstaltung, bei der jeder gegen jeden spielte, gab es neben Urkunden und Pokalen auch Gutscheine, darunter einige für den Jugendclub F.R.E.E zu gewinnen. Den ersten Platz errang die jüngste der TeilnehmerInnen, Julia Ferdinandi, BKL im ersten Lehrjahr. Die restlichen TeilnehmerInnen gingen nicht leer aus. Sie hatten sich Trostpreise verdient. Wir freuen uns schon auf das nächste Turnier.



Bild: © GdG-KMSfB-Jugend

Den ersten Platz errang Julia Ferdinandi, BKL im ersten Lehrjahr (rechts im Bild, neben ihr Nicole Tuschak, Jugendvorsitzende der Hauptgruppe 1).

Fehlende politische Bildung in Berufsschulen

In den Berufsschulen wird im ersten und dritten Ausbildungsjahr das Fach „Politische Bildung“ unterrichtet. So weit so gut. Der Großteil der Jugendlichen erreicht seine Wahlberechtigung (16. Lebensjahr) im zweiten Ausbildungsjahr.

Just in diesem Jahr gibt es keine politische Bildung in den Berufsschulen. Somit werden Jugendliche wahlberechtigt, wissen aber nicht, was Politik eigentlich ist bzw. was sie wählen. Plakate, Flyer und Goodies der wahlwerbenden Parteien beeinflussen zwar die WählerInnen, aber bieten keine wirklichen Entscheidungs-

hilfen für die Teilnahme am politischen Leben.

Daher fordern wir als GdG-KMSfB Jugend nach wie vor die Einführung des Faches „Politische Bildung“ im zweiten Lehrjahr in den Berufsschulen. Dort sollen unter anderem die diversen Programme der wahlwerbenden Parteien objektiv erläutert werden, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Meinung darüber zu bilden und die Hintergründe politischer Arbeit kennenzulernen.

 nicole.tuschak@wien.gv.at

Kurzmeldungen

- Wer auf dem Weg zur Arbeit auf das eigene Auto angewiesen ist, bekommt nur mehr 580 Euro im Jahr statt bisher 780 Euro. AKNÖ-Sozialrechtsexperte Reinhart Schmitt kritisiert die Kürzung um fast ein Viertel. Betroffen seien davon genau die Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können und auf das eigene Auto nicht verzichten können, wenn sie zur Arbeit fahren. Laut Auskunft des AKNÖ-Experten ist es die zweite Einsparung zu Lasten behinderter Menschen in diesem Jahr: „Zu Jahresbeginn wurde die Rückerstattung der Normverbrauchsabgabe für behinderte ArbeitnehmerInnen abgeschafft.“ (Aussendung der AKNÖ vom 18.7.2011).
- In der fünften erweiterten und überarbeiteten Online-Version des BIZEPS-Lokalführers „Essen mit wenigen Hindernissen“ befinden sich die Vermessungsdaten von 144 Lokalen (www.bizeps.or.at/shop/lokale.doc).
- Laut einem Beschluss des Obersten Gerichtshofes ist eine Klage zurückzuweisen, die erst nach Ablauf der Frist für Schlichtungen eingebracht wurde. Zu dieser Erkenntnis ist das Gericht im Fall eines Klägers gekommen, der eine Kündigung wegen Behindertendiskriminierung anfechten wollte. Der Oberste Gerichtshof hat die Klage als verspätet zurückgewiesen, weil das Schlichtungsverfahren nicht innerhalb von 14 Tagen ab Zugang der Kündigung, sondern erst mehr als sieben Wochen nach der Kündigung eingeleitet wurde. „Es gilt zu beachten, dass die 14-Tage-Frist zur Anfechtung der Kündigung nur bei Diskriminierung gilt. Ansonsten beträgt die Frist sieben Tage. Es empfiehlt sich deshalb, die Anfechtung der Kündigung immer innerhalb von sieben Tagen einzubringen. Sonst könnte es passieren, dass die Kündigung nicht mehr angefochten werden kann, falls keine Diskriminierung festgestellt wird“, empfehlen die „Klagsverband“-RechtsexpertInnen. Der „Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern“ wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, des Bundeskanzleramts und des Landes Salzburg gefördert (www.klagsverband.at).



Seelenleid: Wurzel liegt in der Kindheit

Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen ist leider stark im Zunehmen. Die Ursachen dafür liegen oft in frühkindlichen und kindlichen negativen Erlebnissen durch die Eltern, die sich als Traumen festgefressen haben. Insbesondere Persönlichkeitsstörungen – wie z. B. zu emotional, abhängig, narzisstisch, haben enorme Auswirkungen nicht nur auf das Arbeitsleben, sondern auch generell auf den Umgang mit anderen Menschen.

Ohne psychotherapeutische Therapie – die oft Jahre dauert – lassen sich die massiven Wunden der Seele nicht beheben. Notwendige Krankenstände belasten nicht nur den Kranken selbst, sondern auch Arbeitsklima, Partner- oder Freundschaften usw. Häufig wollen Angehörige mit diesen Krankheiten nicht umgehen; verweigern Therapien und Medikamente. Schuldzuweisung an andere, statt sich selbst bei der Nase zu nehmen. Manche sehen auch den Ausweg in einem Abschieben in ein Spital oder in eine Jahre dauernde Therapie in einer Einrichtung, die möglichst weit weg ist, um ja nicht oft auf Besuch kommen zu müssen.

Gerhard-Norbert Ludwig

Kein Rausschmiss ohne Richter

Niemand ist verpflichtet, ohne richterlichen Auftrag eine Wohnung – gleichgültig, ob Hauptmieter, Mitbewohner, Untermieter, Präkarium (Wohnung ohne Mieterschutz) – zu verlassen. Auch Eltern können ihre erwachsenen Kinder nicht einfach auf die Straße setzen.

Mehr: www.mietervereinigung.at

Gerhard-Norbert Ludwig

Büro der Behindertenvertretung der Bediensteten der Stadt
Wien: Gerhard-Norbert Ludwig, Mag.^a Gabriele Karoh und
Gottfried Maier sowie Gerda Stubenbauer-Schehswendter
(Sekretariat): 20., Brigittaplatz 10/P/11
Montag bis Freitag 8 bis 15 Uhr und gegen Voranmeldung
Telefon: (+43 1) 4000-20831, Fax: (+43 1) 4000-99-20832
E-Mail: behinderte@hg1.wien.gv.at

Es haben immer nur **Optimisten** die Welt verbessert

Robert Misik ist einer der streitbarsten linken Publizisten seiner Generation. Was seine politische Denklaufbahn geprägt hat und warum er kein Politiker geworden ist, hat er Karin Zauer im teamwork-Interview erzählt.

Robert, was hat deine politische Einstellung geprägt? Deine Eltern?

Misik: Nein, mit meinen Eltern hat das gar nichts zu tun. Es war in einer Zeit, in der es noch so etwas wie vitale linke Jugendbewegungen gegeben hat. 1980/81 gab es die Burggartenbewegung und die Hausbesetzungsgeschichten. Mich hat das als damals 14-Jährigen sehr beeindruckt.

Wenn du mit einer historischen Figur ein Gespräch führen könntest, welche wäre das?

Misik: Da gäbe es viele: Kreisky, Roosevelt, Keynes, Palme oder Marx.

Hast du studiert?

Misik: Ja, ich habe studiert, aber keine klassische Studentenkarriere. Ich habe zwei Jahre Volkswirtschaft und zwei Jahre Geschichte studiert. Dann habe ich 1989 bei der AZ (Anmerkung: Arbeiter-Zeitung) begonnen.

Wie war deine Studienzeit?

Misik: Das Studium war nicht so verschult wie heute. In Wirklichkeit hat man als junger Radikaler nicht viel fürs Studium gemacht, weil man ja vieles andere, interessantere zu tun hatte.

Du hast ja auch eine Zeit in Berlin gelebt. Was hat dich dorthin gezogen?

Misik: 1991 wurde die AZ eingestellt und ich hatte keinen Job mehr. „profil“ hat

mich gefragt, ob ich als Korrespondent nach Deutschland gehen möchte. Klar hab ich „Ja“ gesagt.

Was schätzt du an Berlin?

Misik: Anfang der 90er-Jahre war gerade die Mauer gefallen. Es war extrem spannend in Berlin. Es sind neue Leute in städtische Brachen gezogen, die Stadt wurde plötzlich international als „hipp“ anerkannt. Und das ist sie heute noch: ein kreativer Hotspot. Das gefällt mir.

Was magst du an Wien?

Misik: Ich bin hier geboren, ich kenn mich hier aus. Wien ist eine schöne Stadt, sie funktioniert gut, ist aber ein bisschen fad.

Du ziehst dich gerne auch ins Waldviertel zurück, hab ich auf der Website gelesen. Findest du dort die Ruhe zum Schreiben?

Misik: Ich habe zwei Kinder, und wenn die Ferien haben, dann fahren wir ins Waldviertel. Aber es ist nicht so, dass ich zum Schreiben irgendwohin fahren muss. Wenn man ein Buch schreiben will, dann muss man halt das Tagesgeschäft, die vielen Tausend E-Mails und Millionen facebook-Connections herunterfahren und sich konzentrieren. Es ist eigentlich dann wurscht, wo man lebt.

Warst du selber einmal Gewerkschafter?

Misik: Nein, nicht wirklich. Es gab innerhalb der Gewerkschaft Kunst, Medi-



Bild: © Daniel Novotny

en, Freie Berufe in diesen 1970er- und 1980er-Jahren auch eine Gruppe für Schülerzeitungen. Da war ich Schülerzeitungsgewerkschafter.

Hast du dir schon einmal in deinem Leben überlegt, in die Politik zu gehen?

Misik: Naja, als Gedankenexperiment durchgespielt, sicher. Wenn man ein politischer Mensch ist, der einerseits gerne schreibt und andererseits Ideale hat, dann schlagen zwei Herzen in einer Brust. Eines des Autors und eines des politischen Aktivistin. Wenn man glaubt, dass man es besser weiß, dann glaubt man auch, dass man es besser kann. Leider wird mich aber wohl niemand fragen, ob ich Bundeskanzler werden möchte.

Was würde dich am Politikersein stören?

Misik: Man ist in Hierarchien eingeklemmt, von Apparaten, von unzähligen Leuten abhängig, die man sich nicht aus-

„Gewerkschaften sollten ein bisschen mehr Selbstbewusstsein haben beim Werben für die eigenen Großideen.“

suchen kann und von Tausenden Sachzwängen. Das bedeutet freilich auch, dass man noch so gut sein kann, es kommt nicht immer was Gutes raus.

Wie denkst du über die österreichische Verwaltung und die Beamten?

Misik: Es ist gut, dass es eine staatliche Verwaltung gibt, die privatwirtschaftlichen Spielen entzogen ist. Das engstirnige politische Hausmacht-Denken und dass sie als Endlager für irgendwelche politischen Funktionäre erhalten muss, ist eine andere Sache. Dieses Land ist gut verwaltet, aber dieser „Brain-Trust“, der eine Verwaltung auch sein könnte, wird immer schlechter.

Was glaubst du, was sollten die Gewerkschaften in Österreich besser machen?

Misik: Sie sollten ein bisschen mehr Selbstbewusstsein haben beim Werben für die eigenen Großideen. Sie müssen auch etwas beweglicher sein. Ich glaube aber, dass viele Gewerkschaften mittlerweile vieles richtig machen.

Wann hast du das letzte Mal richtig herzlich gelacht?

Misik: Gestern? Also ich lache häufiger als einmal am Tag. Es ist gerade als politischer Mensch wichtig, dass man ein fröhlicher Mensch ist. Es haben immer nur Optimisten die Welt verbessert.

Das Gespräch führte teamwork-Redakteurin Karin Zauner.

Zur Person

Journalist, Blogger, politischer Aktivist, ständiger Autor bei der „taz“ (Berlin), bei „profil“ und „Falter“ (Wien), Videoblog: FS Misik auf derstandard.at
Vater von zwei Kindern.
Geboren: 1966 in Wien.
Freizeitbeschäftigungen: z.B. Lesen, Spazierengehen, Menschen anschauen und dabei ein Glas Rotwein oder Gin Tonic trinken.

Mein Lieblingslokal

Das Gasthaus Woracziczky im „Fünften“

Großer Wohlfühlfaktor und Essen auf hohem Niveau.

Das kleine Ecklokal im 5. Bezirk hatte schon einige Besitzer. Aktuell hat es mit Marion Jambor und dem Küchenchef Alexander Pochlatko einen großen Aufschwung erfahren. Das Gasthaus ist sehr geschmackvoll eingerichtet und profitiert von einer ruhigen Sackgasse, in der ein sonniger Schanigarten im Sommer Urlaubsstimmung aufkeimen lässt. Mittags wird täglich ein Menü angeboten, das von einem kleinen, aber feinen à la carte-Angebot ergänzt wird. Abends gibt es eine erweiterte Karte. In jedem Fall werden Sie viele Wiener Klassiker finden, die exzellent und ideenreich zubereitet werden. Die Getränke lassen auch keine Wünsche offen; vom Aperitif bis zum Digestif gibt es ein gut ausgewähltes Angebot, die Weinkarte ist sehr gut zusammengestellt und vernünftig kalkuliert. Und wenn sie keine ganze Flasche bestellen möchten, gibt es bei einigen Weinen die Möglichkeit, auch glasweise zu bestellen, wobei jedes Monat ein anderer Winzer im Mittelpunkt steht. Das äußerst freundliche und kompetente Service möchte ich besonders hervorheben.

✉ gerhard.heczko@wien.gv.at

5., Spengergasse 52, Telefon: 0699 /112 29 530

Montag – Freitag (feiertags geschlossen): 11.30 – 15 und 18 – 24 Uhr



Bild: © Gerhard Heczko

Viele Wiener Klassiker aus empfehlenswerter Küche: Gasthaus Woracziczky in Margareten.

Bewertung

Küche	32 (von 35)	Keller	9 (von 10)
Service	15 (von 15)	Atmosphäre	14 (von 15)
Preis/Wert	18 (von 20)	Familie	4 (von 5)

Insgesamt 92 Punkte (von 100 möglichen)

GdG/HG 1 Fußballmeisterschaft 2010/2011

Die Fußball-Kleinfeldmeisterschaft der Hauptgruppe 1 verlief spannender als erwartet. Den Meistertitel hatte in den letzten Jahren die Mannschaft der MA 31 abonniert.

Danach sah es auch heuer wieder aus, aber im letzten Meisterschaftsdrittel erstarkte die Mannschaft der MA 6 und KAV 1 und nahm der MA 31 wichtige Punkte für die Titelverteidigung ab. Dies kostete die MA 31 letztendlich den erneuten Titel. Meister aufgrund der konstant guten Leistung wurde die Wiener Berufsrettung vor der MA 31 und der KAV 1, welche durch den letzten Sieg punktgleich anhand des besseren Torverhältnisses noch den 3. Platz erreichte.

Bemerkenswert ist, dass es außer Abschürfungen keine Verletzungen während der Spiele gab und die Vergehen (rote und blaue Karten) sich im Rahmen hielten.

Offensichtlich findet die Kleinfeld-Fußballmeisterschaft wieder Anhänger, denn für die Saison 2011/2012 haben wieder neue Mannschaften ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet.



Renovierung der Tennishalle

Die derzeit gesperrte Tennishalle wird in absehbarer Zeit in renoviertem Zustand wieder zur Verfügung stehen.

Weitere Infos

www.hauptgruppe1-sport.at



Torschützenkönig mit Abstand von sieben Toren wurde Sinisa Burisic von der MA 41.



Fußballmeister 2010/2011 wurde die Wiener Berufsrettung (Bild: David Schätzel) vor MA 31 und KAV 1. Im Rahmen der Siegerehrung übergaben der Stellvertretende Vorsitzende der HG 1 und KSV-Obmann Michael Kerschbaumer (im Bild ganz rechts) im Beisein von Sportreferent Hans Karl Nessler (im Bild ganz links) Pokale und Urkunden für den Sieger und die Platzierten.

Schlaue Köpfe sind bei der Gewerkschaft

Veranstaltungswoche

Die Multi-Funktionsräume von sechs Amtshäusern werden für diverse Veranstaltungen gerne genutzt. Finden Sie anhand der Hinweise heraus, wo die Amtshäuser stehen und an welchen Wochentagen welche Veranstaltung dort stattgefunden hat.

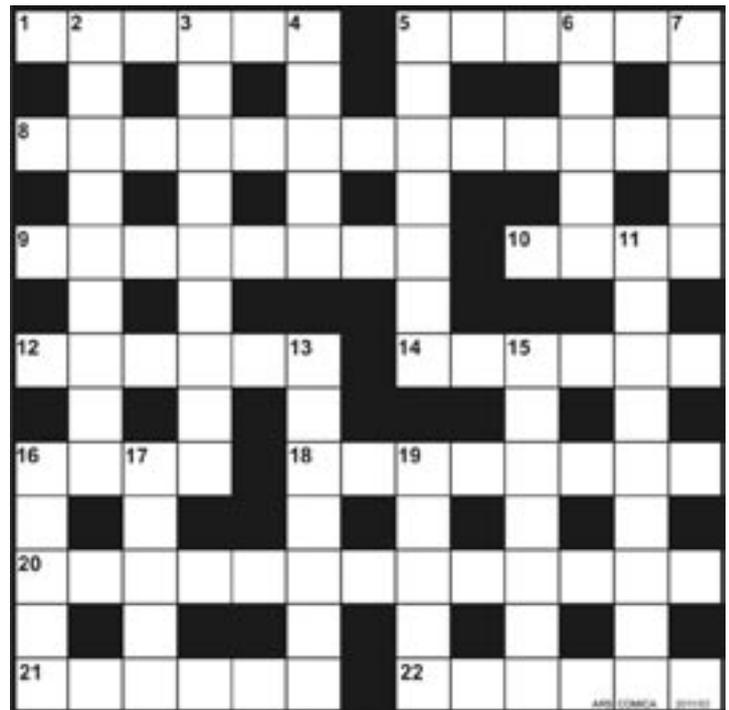
- Am Donnerstag wurde der Heimatkunde-Workshop abgehalten.
- Die Positionskennziffer des Amtshauses, in dem der Gruppendynamik-Fortbildungskurs stattfand, ist doppelt so groß wie die des Amtshauses in der Schlaravenstraße. Am Tag nach diesem Gruppendynamik-Fortbildungskurs fand in der Schlaravenstraße keine Veranstaltung statt.
- Das Amtshaus am Helenschelweg hat eine gerade Positionskennziffer. Hier wurde am Dienstag eine Veranstaltung abgehalten.
- Die Weinverkostung fand am Tag direkt nach der Veranstaltung im Amtshaus am Wolltatplatz statt. Die Positionskennziffer vom Wolltatplatz ist kleiner als die des Amtshauses, in dem die Weinverkostung war.
- Der Dienststellenausschuss traf sich am Clarspylerplatz, aber nicht am Freitag.
- Das Bedienstetenschutzseminar fand im Amtshaus mit der Positionskennziffer 4 statt.
- Das Amtshaus mit der Positionskennziffer 2 hatte am Mittwoch eine Veranstaltung.
- Das Amtshaus in der Bramburistraße hat die Positionskennziffer 3.

Amtshaus: Bramburistraße, Clarspylerplatz, Helenschelweg, Horuggasse, Schlaravenstraße, Wolltatplatz

Wochentag: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag

Veranstaltung: Bedienstetenschutzseminar, Dienststellenausschuss, Gruppendynamik-Fortbildungskurs, Heimatkunde-Workshop, Selbsthilfegruppe, Weinverkostung

Gekreuztes Worträtsel



Waagrecht: 1 Fortbewegung zu Pferde 5 Erfindungsschutzdokument 8 Strahlungsanzeiger 9 Metrum 10 Schleudern eines Balles, Jungtiere der Säuger 12 begangenes Unrecht, Zahlungsverpflichtung 14 ungiftige Schlange 16 Gesteinsgebilde 18 nicht gut, böse 20 Greifvogel 21 Schifffahrtsbehörde 22 Oper von Verdi

Senkrecht: 2 Vogelbeerbaum, Quitsche 3 Börsenbegriff 4 Oper von Bellini, Frauenname 5 schlemmen, schwelgen 6 Fluss und Stadt in Ungarn 7 Preisverzeichnis, Gebührenliste 11 Vergelterin 13 Nachtsch 15 Besatz, Borte (Mz.) 16 ausgezeichnet, prächtig 17 Zuneigung 19 das Gestern von morgen



MAGISTRART

Das Podium für Kunst & Können im Wiener Magistrat

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten, Lyrik, Satiren, Fotos, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen, Keramik, Handarbeit, Kompositionen, Schauspiel, Tanz, Artistik – also alles, was Kunst & Können zu bieten haben.

Wenn Sie eine kreative Mitarbeiterin oder ein kreativer Mitarbeiter sind, schreiben Sie uns, und vielleicht sind dann Ihre Werke demnächst auf dieser Seite. Mit Ihrer Einsendung sind Sie mit einer honorarfreien Veröffentlichung in der Zeitschrift „teamwork“ sowie auf www.fsg-hg1.at einverstanden.

Die Beschreibung Ihrer Arbeit und die Kontaktdaten sollten als Word-Dokument übermittelt werden. Die mitgeschickten, aber nicht ins Word-Dokument eingebauten Fotos in den Formaten *.jpg oder *.tif sollten max. 800*600 Pixel, Auflösung mindestens 72 dpi, haben.

Kontaktadresse: magistrART@hg1.at



„Kirschcharmreifen“ - Mag. Elisabeth Lamche, MA 13
Kupfer/Glas, 6 x 6,5 cm, elisabeth.lamche@wien.gv.at



„Nesselbruch“ - Mag. Gudrun Seidl, MA 14
Dunkelbrauner Ton, 90 x 90 cm, gudrun.seidl@wien.gv.at



„Orientierungshilfe“ - Claudia Silhan, MA 35
Acryl auf Leinwand, 60 x 50 cm, claudia.silhan@wien.gv.at

Schöner urlauben -

statt unsicher verreisen

20%
Greenfee-Ermäßigung
für unsere Gäste*
auf der ALMENLAND-
18-Loch-Golfanlage
* bei Buchung mit Nächtigung



3 NÄCHTE – KURZGENUSS

- 3 Nächte mit „Verwöhn-Halbpension-plus“
- Inklusive Wohlfühlpaket*
- 1 Feuchtigkeitspackung in der Schwebeliege ca. 25 min
- 1 Almenland Honig-Rückenmassage ca. 55 min
- oder • 1 Entspannungs-Gesichtsbehandlung mit Spezialampulle ca. 55 min

Sonderpreis für GdG-KMSfB Vollmitglieder p. P. ab € 244,50

Sie sparen**
€ 54,-

5 NÄCHTE – HERBSTTAGE IM ALMENLAND (September/Oktober/November)

- 5 Nächte mit „Verwöhn-Halbpension-plus“
- Inklusive Wohlfühlpaket*
- 1 Solariumjeton
- 1 geführte Wanderung im Almenland (Je nach Wetter Dienstag oder Donnerstag)
- 1 Entspannungsmassage mit reinen, ätherischen Ölen, ca. 25 min
- 1 herbstlicher Gruß aus dem Almenland

Sonderpreis für GdG-KMSfB Vollmitglieder p. P. € 315,-

Sie sparen**
€ 90,-

7 NÄCHTE – VERWÖHNTAGE

- 7 Nächte mit „Verwöhn-Halbpension-plus“
- Inklusive Wohlfühlpaket*
- 1 Rückenmassage ca. 25 min
- 1 Klangschalenbehandlung ca. 55 min
- 1 Entspannungsbehandlung – Kosmetik ca. 55 min
- 1 Vitaflex-Anwendung ca. 25 min

Sonderpreis für GdG-KMSfB Vollmitglieder p. P. ab € 538,50

Sie sparen**
€ 126,-

Informieren Sie sich schon jetzt über unsere Winterarrangements
und Ihr Urlaub mit allen Sinnen ist gesichert!



Genießen Sie unseren ★★★★★-Service
mit Panoramawintergarten und Troadkostn,
großen Wellnessbereich und
speziellen Behandlungen in der Vitaloase!



**Preise in Euro, pro Person,
nur für GdG-KMSfB Vollmit-
glieder, inklusive MwSt. und
inklusive der Ortstaxe.
Für Mitglieder anderer
Teilgewerkschaften plus 10,-,
Nichtmitglieder plus 18,- Euro
pro Nacht.

8163 Fladnitz a. d. T. 45, Tel. 03179 / 233 14-0 FaxDW-42
office@vital-hotel-styria.at • www.vital-hotel-styria.at

Almenland
GOLFANLAGE

ZVR-Zahl 467874257

VITAL
HOTEL
STYRIA

VITALität

SCHÖNheit

GESUNDheit



Verwöhn-Halbpension-plus:

- Feinschmecker-Frühstücksbuffet
- mittags Suppe und Salate vom Buffet
- nachmittags Kaffee & Kuchen
- abends viergängige Menüauswahl, Salatbuffet und Käse vom Brett

inklusive Wohlfühlpaket:

- Leibbademantel (ab 15 Jahre)
- Leibbadetasche/Badetuch
- Hallenbad mit Meersalzwasser
- Sauna mit Tauchbecken
- Infrarotkabine, Dampfbad
- Kräuterdampfkammer
- Tepidarium
- Fitnessraum und Ruheraum
- Salarium: Salzoase zur Regeneration
- Nordic-Walking-Stöcke, Schneeschuhe
(kostenfrei, begrenzte Stückzahl)

NEU: Die Almen mit dem E-Bike erkunden!

(gegen Gebühr, begrenzte Stückzahl)

VITALOASE

mit großem Massage-,
Kosmetik- und
Fußpflegeangebot sowie
Nuad-Thai-Yoga und
Klangschalenbehandlung
auch für Kinder!



Termine



Bis 30.9. täglich: Ponygeburtstag im Ponybauernhof (Geburts- tag feiern im Kinderbauernhof am Cobenzl, Am Cobenzl 26 A; max. 10 Kinder – € 235; Telefon: 01/328 94 04 – 20)

24. und 25.9., 10 bis 18 Uhr: „Wild – Obst – Fest“ in den Blumen- gärten Hirschstetten (22., Quadenstraße 15)

24. und 25.9., 11 bis 21 Uhr: 5. Wiener Weinwandertag (von Neu- stift bis Nußdorf und von Strebersdorf bis Stammersdorf)

28.9., 10 bis 18 Uhr: 2. Wiener Augentag (Rathaus)

1.10.: Lange Nacht der Museen

Bis 2.10.: Sommerrodelbahn auf der Hohe Wand-Wiese, 14., Mauerbachstraße 174-184, Freitag 14 bis 19, Samstag, Sonntag 10 bis 19 Uhr

Bis 16.10.: Grüne Urlaubstage in den Blumengärten Hirschstet- ten (22., Quadenstraße 15), Donnerstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr)

Bis 26.10.: Wiener Nationalparkboot, Abfahrt täglich 9 Uhr bei der Saltorbrücke

Bis 28.10.: 100 Jahre Internationaler Frauentag – Emanzen, Ikonen und andere Frauen (Stadt- und Landesarchiv), Montag bis Freitag 9 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 19 Uhr

Bis 1.6.2012: Architektonische Begutachtungen der MA 19 (12., Niederhofstraße 21-23, Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr

Bis 30.10.: „Der Dritte Mann“-Tour – Im Kanal; 1., Esperantopark (Karlsplatz, bei der Friedrichstraße). Führungen Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr, 20 Minuten vorher erscheinen!

1.10.: Lange Nacht im Gartenbaumuseum (Gartenbaumuseum, 22., Siebeckstraße 14; Gartenbaumuseum ganzjährig Montag bis Freitag 8 bis 14 Uhr)

3.10. bis 9.10.: GAFFA – 6. Internationales Filmfestival für junge Leute (wienXtra Cinemagic, 1., Friedrichstraße 4)

4.10., 19 Uhr: Wiener Vorlesungen: Krieg und Gewalt im langen 20. Jahrhundert. Eine globale Perspektive (Rathaus)

6.10.: „Holz – Ein Baustoff der Natur“ (Schulgarten Kagran, 22., Donizettiweg 29)

8. und 9.10.: Wiener Kleintierschau (Blumengärten Hirschstet- ten, 22., Quadenstraße 15)

Auflösungen von Seite 31:

Veranstaltungswoche: 1. Schlaraffenstraße, Freitag, Selbsthilfegruppe; 2. Hornungasse, Mittwoch; Willstätterplatz, Montag, Bedienstetenschutzseminar; 5. Claraplatz, Samstag, Dienststellenaus- schuss; 6. Heilenschelsweg, Dienstag, Weinverkostung.
Waagrecht: 1. RETTEN 5. PATENT 8. GEIGERZÄHLELER 9. VERSMASS 10. WURF 12. SCHULD 14. NATTER 16. FELS 18. SCHLIECHT 20. MAUSEBUSSARD 21. SEAMT 22. ERNANI Senkrecht: 2. EBERESCHE 3. TAGESKURS 4. NORMA 5. PRASSEN 6. ERLAU 7. TARIF 11. RAECHERIN 13. DESSERT 15. TRESSEN 16. FAMOS 17. LIEBE 19. HEUTE

8. und 9.10.: fem vital – Wiener Frauengesundheitstage (Rat- haus)

11.10., 17 Uhr: Wiener Vorlesungen – 6. Wiener Nobelpreis- trägerInnenseminar, Themenschwerpunkt Physik (Rathaus, Festsaal)

18.10. und 13.12., 16.30 bis 17.45 Uhr: Wege der Frauen durchs Rathaus (Frauenabteilung, Anmeldung 01/4000-83 539)

23.10.: Internationaler Wiener Herbstmarathon des LCC-Wien (Prater, Hauptallee)

4.11., 18.30 Uhr: Vernissage der Werke der Mariahilfer Frauen- festwochen „Frauen+Technik+Foto“ (Aula des Maschinenbau- Hochhauses der TU Wien).

7.11.: Ehrung von GewerkschaftsjubilarInnen (Rathaus, Fest- saal)

10. und 11.11.: Interpädagogica (Messe Wien)

17.11. bis 18.12., jeweils Donnerstag bis Sonntag: Weihnachts- schau und Adventmarkt (Blumengärten Hirschstetten, 22., Quadenstraße 15)

19.11., 10 bis 15 Uhr: Tag der offenen Tür in der Krankenpflege- schule Wilhelminenspital

23.11.: Arkadengespräche im Wiener Rathaus – HG 1-Vorsitzen- der Norbert Pelzer lädt zu „Punsch, heißen Maroni und bren- nenden Themen“. Die Frauenabteilung der GdG / HG 1 organi- siert dazu einen Weihnachtsmarkt mit Selbstgestaltetem

13.1.2012: Blumenball (Rathaus, Festsaal)

Kurz berichtet

- Die Magistratischen Bezirksämter in Hernals, der Donau- stadt und in Liesing sind jetzt nicht bis 17.30 Uhr, sondern nur bis 13 Uhr geöffnet: Es soll mehr persönlich vereinbarte Termi- ne und verstärkte Nutzung des e-Government geben.

- Das neue Brückeneinsatzzentrum der MA 29-Brückenbau und Grundbau wurde nach den Ansprüchen des Bedienstet- schutzes errichtet. An der Durchsetzung, Planung und während der Realisierung hat die Personalvertretung beharr- lich und intensiv für die Berücksichtigung der Interessen ihrer KollegInnen mitgewirkt.

- Die neue Gratis-Broschüre der wienXtra-jugendinfo „33 x gesund schmausen in Wien“ bietet Infos, Tipps und 33 Restau- rantempfehlungen, wo auswärts Essen richtig lecker und noch dazu gesund ist! (www.jugendinfowien.at)

- Die Frauenabteilung der Stadt Wien bietet die FemCities Konferenzbände als Nachlese wahlweise in Deutsch oder Eng- lisch an. Sie sind unter www.frauen.wien.at oder unter Telefon (01) 4000-83518 kostenlos erhältlich.



Schuldenrückzahlungen bedrohen Existenz

Dass Beziehungen in die Brüche gehen, ist jedem bekannt. Schlimm, wenn dann ein Partner wegen Schulden kein Geld mehr zum Leben hat. Die Gewerkschaft kann Luft zum Durchatmen finanzieren.

Ehen und dauerhafte Beziehungen werden im Himmel geschlossen, sagt man und denkt an die glücklichen ersten Stunden, die gemeinsamen Erlebnisse, die Zukunftspläne. Für ewig soll die idyllische Freude anhalten, wünscht man sich, und gründet eine Familie, um das Glück vollständig zu machen.

Am Ende steht aber oft genug die Hölle. Wenn sich vielleicht herausstellt, dass der Partner geheime Ecken besitzt, die man nicht sehen konnte. Wenn das freimütig investierte Vertrauen als Basis für die Familiengründung jäh erschüttert wird. Wenn man völlig unerwartet vor einem erdrückenden Schuldenberg steht, dessen Bedienung keinen Spielraum mehr fürs tägliche Leben lässt.

So erging es einer Kollegin, die nach der Trennung von ihrem Lebensgefährten nicht weiß, wie sie den horrenden Betrag von 20.000 Euro abstopfern soll, für den sie geradestehen muss. Sie und ihre beiden Kinder leben von der Hand in den Mund und haben dennoch keine Ahnung, wie sie den nächsten Tag überstehen sollen, zumal sie auch noch eine Gehaltspfändung ertragen muss.

Ihre Schulden tilgen kann auch die Gewerkschaft nicht.

Aber sie kann ihr einen finanziellen Spielraum schaffen, damit sie wenigstens einen Schritt weiterkommt. Über ihre Gewerkschaftsvertrauensperson hat sie sich an das vor zwei Jahren geschaffene Arnold-Karner-Notfallswerk der Hauptgruppe 1 gewendet und fand die erhoffte Hilfe.

Michael Kerschbaumer, stellvertretender Vorsitzender der HG 1: „Das Notfallswerk gibt uns Gelegenheit, bei plötzlichen, schuldlos entstandenen Notfällen schnell und unbürokratisch zu helfen. Gespeist wird es aus den Mitteln, die die Hauptgruppe 1 vor einigen Jahren aus dem Verkauf des ‚Hauses Attersee‘ lukriert hat.“

Arnold-Karner-Notfallswerk

p.A. Gewerkschaft der Gemeindebediensteten
 Hauptgruppe 1
 1010 Wien, Zelinkagasse 4, Telefon 01/4000-83711
 (Michael Kerschbaumer)

Hermann Maier müssen Sie's nicht nachmachen

Urlauben Sie in der Heimat des Schiwunders vom „snow space Flachau“. Die Gewerkschaft hilft Ihnen dabei, wenn Sie es brauchen.

Zwei Mal Olympiasieger, drei Mal Weltmeister, vier Mal Gesamtweltcup Sieger, zehn Weltcup-Disziplinenwertungen, vier Mal Sportler des Jahres. Was uns Ausnahmesportler Hermann Maier vorgemacht hat, werden Sie wahrscheinlich nicht schaffen, auch wenn die Flachau im „Ski amadé“ Ihr Lieblingsschigebiet ist. Aber urlauben können Sie dort, und wenn Sie ein kleines Einkommen haben, hilft Ihnen die Gewerkschaft dabei mit einem Appartement im Ransburger Hof (Gratis-Schibushaltestelle neben dem Hotel).

<http://www.ransburgerhof.at/>

<http://www.flachau.at/>



Bild: © Ransburgerhof

Nähere Auskünfte über alle Urlaubsangebote und Reservierung:
 Beate Orou, Telefon: 01/4000-83714
 E-Mail: beate.orou@wien.gv.at

Weil die Gewerkschaft unverzichtbar ist

Sie hat ein wachsames Auge auf die Forderungen der Dienstgeberin und schaut darauf, dass man Anfeindungen nicht schutzlos ausgeliefert ist.

Seit 1976 bin ich Gewerkschaftsmitglied, und ich würde auch heute sofort wieder beitreten. Warum? Weil die Gewerkschaft einfach unentbehrlich ist. Für die ArbeitnehmerInnen insgesamt und für jeden oder jede von uns im täglichen Berufsleben.

Auch wenn das Klima in unserer Dienststelle zwischen Leitung und Personalisten einerseits und MitarbeiterInnen andererseits gut ist, bin ich froh, dass wir eine engagierte Interessenvertretung haben, die darauf achtet, dass unsere Arbeitgeberin mit ihren Wünschen nicht übers Ziel schießt. Und wir können froh sein, dass wir eine Vertretung haben, die sofort, nachdrücklich und erfolgreich für mehr Personal gekämpft hat, als Genehmigung und Verwaltung der neu eingeführten „Mindestsicherung“ Aufgabe der MA 40 wurde. Dieses „Mehr“ um 40 KollegInnen ist wirklich berechtigt, weil die Abteilung mit Tausenden Anträgen überschwemmt wurde und noch weiter wird. Klar wollen AntragstellerInnen ihre Wünsche rasch und unkompliziert erledigt sehen. Weil wir uns an den Rechtsrahmen halten müssen, geschieht das aber nicht immer ohne dass wir Konflikten, Aggressionen, sogar Handgreiflichkeiten ausgesetzt sind. Auch hier macht sich die Gewerkschaft für unseren Schutz nicht zuletzt gegen unberechtigte Kritik stark.

Ich bin auch überzeugt davon, dass wir von der Gewerkschaft als einzigem Partner erwarten können, uns in der vor allem unternehmerfreundlichen EU mit ihrer Forderung nach Kostenminimierung zulasten der ArbeitnehmerInnen Schutz und Stimme zu geben.

Silvia Litschauer



Bild: © Richard Andraschko

teamwork

Nr. 03/2011

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

GZ02Z030516S

DVR: 0046655